

VOLKSWACHT.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungsliste
Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Runert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postzeitungsliste
Nr. 5540.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Freitag, 20. Februar 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Inseratenpreis für die 5 gespaltene Zeilen beträgt 20 Pf.

Was kann helfen?

Weberelend im Eulengebirge.

Als im vorigen Jahre die vielbesprochenen kaiserlichen Erlasse bekannt gegeben wurden, und dieselben kurz vor den Reichstagswahlen in Tausenden von Exemplaren von der „reichstreuen Partei“ auch in die Wohnungen der armen Handwerker des Eulengebirges gebracht wurden, um unter diesen den Glauben zu erwecken, als seien jene Reichstreuen die wahren Befechter der in den Erlassen angestrebten Sozialreform, da wurde eine allgemeine Bewegung unter der Weberbevölkerung bemerkbar, die darin gipfelte, eine Petition an den Kaiser zu senden, in welcher, der Kundgebung des Kaisers vertrauend, um Abhilfe der unter den Handwebern schon seit vielen Jahren herrschenden Not gebeten wurde.

Die Petition, die fast nur von Weibern des Reichenbacher Kreises ausging, wurde abgesandt. Der Kaiser hat in Folge dessen die Regierungen angewiesen, Erhebungen über die offensichtliche Notlage anzustellen. Die Erhebungen sind beendet und das Resultat derselben ist im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Unsere Leser kennen bereits den Wortlaut der Veröffentlichung. Ein vernichtender Schlag ist durch jene Publikation des „Reichsanzeigers“ gegen die armen hungernden Weber ausgeführt worden, ihr Notschrei ist in merkwürdiger Weise ausgelegt worden.

Jene Armenisten, die schon seit Jahrzehnten einen verzweifeltsten Kampf führen, um aus ihrer schrecklichen Lage herauszukommen, ihnen wird vorgeworfen, daß sie mit Widerwillen und in überaus zähem Festhalten an ihrem überkommenen Verufe alle bereits gemachten Vorschläge, welche versuchen, sie anderen Erwerbszweigen zuzuführen, verschmähen.

Jenen Armenisten, welche, getrieben von den Qualen des Hungers, von 5 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends ununterbrochen hart arbeiten müssen, ihnen wird vorgeworfen, daß sie, anstatt sich der „strasseren“ Arbeitsordnung anderer Erwerbszweige zu unterwerfen, ihre Beschäftigung einer freien Bewegung gestattenden Einordnung in die Großindustrie vorziehen. — Jene Armenisten, die unter der denkbar größten Ausbeutung des Kapitals zu leiden haben und in Folge dessen nicht soviel verdienen, um ihren Hunger mit trockenem Brot und Kartoffeln stillen zu können, die ganz besonders in diesem strengen Winter und des herrschenden Arbeitsmangels wegen eine aller menschlichen Vernunft spottende Lebensweise führen müssen, ihnen wird gesagt, daß ein akuter Notstand nicht vorliege, und daß die Schilderungen der Tagespresse übertrieben seien. —

Nun, es ist überflüssig, sich über dies weise Urteil des „Reichsanzeigers“ zu wundern. Die Erhebungen der Behörden bezüglich des Notstandes haben in einer Weise stattgefunden, daß ein derartiges Ergebnis herauskommen mußte.

Wenn es gilt, konservative Wahlausrufe und Stimmzettel zu verbreiten, dann wissen die Landräte ihre Preßorgane mit entsprechenden Anordnungen zu versehen, die auch dann mit größter Umsicht nach Putz-kamerschem Rezept zur Ausführung kommen. Wenn aber die Erwerbsverhältnisse der armen Handwerker festgestellt werden sollen, dann findet man den Weg in die erbärmlichen Wohnungen dieser Weber nicht, dann hält man es für genügend, den Verdienst aus den Lohnbüchern einiger Leute festzustellen, und das auf diese Weise gemonnene Material als maßgebend zu verwenden. Daß die Publikationen im „Reichsanzeiger“

über die Lage der Handwerker auf völliger Unrichtigkeit beruhen, ist nicht nur durch das in diesem Blatte schon veröffentlichte Material bewiesen, sondern auch dadurch, daß man jetzt von der Seite, von welcher der Notstand in Abrede gestellt worden, mit einem Male den Notstand anerkennt.

Es ist dies ein Manöver, wie es konservativ-ultramontane Mannesgeelen leicht fertig bringen.

Erst stellt man den Notstand in Abrede, dann bildet man Komitees, erläßt Aufrufe und bittet für die nothleidenden Weber. Wir wollen über die Handlungsweise dieser hochherzigen Wohlthäter hier weiter kein Wort verlieren und uns nur darauf beschränken, ihnen das Wörtchen vor Augen zu halten:

„Wie Brüder oft der Brüder sich erbarmen,
Sieht man im Leben mit gar trübem Lid;
Es bleiben sicher mager stets die Armen,
Doch Armeiwäter sind gewöhnlich dick.“

Der katholische Geistliche eines dicht an der Eule und im Reichenbacher Kreise gelegenen Dorfes hat kürzlich ein Schreiben an eine ultramontane Zeitung der Provinz gesandt, in welchem er die Notlage der Handwerker in wahrer Weise schildert. Dieser geistliche Herr hebt in seinem Schreiben ganz besonders hervor, daß er während seiner amtlichen Tätigkeit weder in Ungarn am Plattensee, noch bei den Slovaken im Komitat, ja bei den übel situierten Oberschlesiern in der Gruben- und Hüttengegend so elende Wohnungen und Verhältnisse nicht vorgefunden hätte, als hier im Eulengebirge unter den Weibern. Die Äußerungen dieses Herrn Pfarrers haben unter der hiesigen Bevölkerung ziemlich Aufsehen erregt. Wenn nicht die Möglichkeit einer Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn Porsch vorläge, so müßte man meinen, der Herr Pfarrer habe es ernst gemeint mit seiner Schilderung. Doch hüte man sich vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern kommen.

Sie werden sich auch hüten, die Weber des Eulengebirges nämlich, wissen sie doch noch gar zu gut, wie dieser Herr Pfarrer einst einen Ziegelfuhrmann mit derben Stockschlägen abfertigte, als derselbe ein Trinkgeld verlangte.

Doch ist dies nicht das einzige Proößchen kristlicher Nächstenliebe, das auf das Konto dieses Vorkämpfers für religiöse Sozialreform gesetzt werden kann.

Noch ein anderes Vorkommnis möge hier seinen Platz finden, in welchem dieser Herr Pfarrer eine hervorragende Rolle spielte.

Im März vorigen Jahres hatte sich die Ehefrau eines Arbeiters aus dem Dorfe Friedrichshain bei Steinseifersdorf in einem Anfall von Tiefsinn das Leben genommen. Der Ehemann und die Angehörigen desselben waren deshalb in tiefe Trauer verfallen. Die Selbstmörderin, eine noch junge Frau, hatte stets einen musterhaften Lebenswandel geführt, und ihr Gatte konnte ihr auch in häuslicher Beziehung durchaus nur ein gutes Zeugnis ausstellen. So nahm er sich vor, seiner unglücklichen Gattin ein Begräbniß mit den üblichen Ehren zu Teil werden zu lassen.

Doch der Mensch denkt, und der Herr Pfarrer lenkt.

Als der von seinem Schmerz ohnedies schwergeprüfte Gatte zu genanntem Herrn Pfarrer kam, da wurde ihm mit kurzen Worten bedeutet, daß ein kirchliches Begräbniß pfarramtlicherseits verweigert werde, daß die Tote zwar auf dem Kirchhof, aber nicht in den Reihen der andern Verstorbenen begraben werden dürfe.

Als der Ehegatte nun bat, man solle ihm doch einen Beerdigungsplatz auf dem Kirchhofe künstlich überlassen, er würde denselben sofort bezahlen, da meinte der gestrenge Herr Sittenrichter, das sei nach christlichem Brauche nicht zulässig — sprach's und verschwand.

Am folgenden Tage, es war Sonntags, da donnerte dieser geistliche Tröster von der Kanzel herab, daß es nie und nimmer erlaubt sei, daß Selbstmörder ein ordentliches Begräbniß haben sollen, oder daß ihnen ein Platz zur Beerdigung gekauft werden könne, daß weder Totenbahre noch sonstige Utensilien, die zum Begräbniß nötig seien, von der Kirche zur Benutzung hergegeben werden würden.

Nach diesem ging der Schwiegervater der unglücklichen Toten nochmals mit der Bitte an den Pfarrer heran, ein kirchliches Begräbniß zu erlauben.

Alles umsonst, der Ehegatte mußte, wollte er seine Frau zu Grabe tragen lassen, sich eine eigene Bahre machen lassen, er mußte ferner ein Bahrtuch selbst schaffen, er mußte die Bretter anfertigen lassen, die über das Grab gelegt werden müssen, um den Sarg aufstellen zu können. Endlich mußte er Wänder zum Hinablassen des Sarges kaufen.

Als am Begräbnistage die Träger mit der Leiche, gefolgt von einer überaus zahlreichen Begleitung der Bevölkerung am Kirchhofstore anlangten, da wurde ihnen von dem anwesenden Totengräber, der — nebenbei bemerkt — in Werkeltagskleidung erschienen war, bedeutet, daß die Leiche nicht zum Kirchhofstor hineingetragen werden dürfe. So mußten die Träger mit dem Sarge um die Kirchhofmauer herumgehen und zu einer in der Mauer angebrachten, anderthalb Meter hohen Tür, der sogenannten Pesttür, hineinkriechen, um zu dem einem Loch ähnlichen Grabe zu gelangen. Nachdem sich die Träger des Sarges entledigt, forderte einer derselben die Anwesenden auf, ein Vaterunser für die unglückliche Verstorbene zu beten, welcher Aufforderung auch Folge geleistet wurde.

Doch mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu flechten, — einige Tage nach dem Begräbniß erhielt jener Träger, welcher zum Beten aufgefordert hatte, eine Vorladung zum Amtsvorsteher, woselbst er sich wegen des Haltens einer „Grabrede“ zu verantworten hatte.

So geschah im Jahre des Heils 1891. Also Geduld, Ihr Weber, die Ihr Euch selbst das Hungertuch und die Totenhemden webt! — Geduld bei Almosen und Betteluppen! — Geduld, Hoffnung auf die Staatsweisheit und kristliche Ergebung im Leben und Sterben: Das nur kann Euch helfen!

Amen! — —

In eigener Sache.

Zu Ruß und Frommen unserer Leser und Korrespondenten veröffentlichen wir nachstehend zwei Briefe: An die Redaktion der „Schlesischen Nachrichten“ hier. (Durch Voten.)

Breslau, den 17. Februar 1891.

Die Redaktion ersuche ich ergebenst, um gefällige Benennung des Einsenders des Artikels in Nr. 5 der diesjährigen Schlesischen Nachrichten „Not der Weber“, sowie um Angabe des Wohnorts des in demselben be-

namnten Ortsarmen und ehemaligen Webers Gottlieb Klingberg.

Der Polizei-Präsident Dienco.

Dem königl. Polizei-Präsidium zu Breslau.

Breslau, den 18. Februar 1891.

Auf Ihre Anfrage vom 17. Februar, sowol als auf die schon etwas früher durch den Kriminalkommissar M. in der gleichen Angelegenheit an uns gerichteten Fragen erwiedern wir, daß wir nicht in der Lage sind, Veranlassung zu nehmen, der Polizeibehörde die gewünschte Auskunft zu erteilen.

Wir bebauern lebhaft, daß ein irgendwie ersichtlicher Grund Ihnen entgegenzukommen unsererseits absolut nicht vorliegt, auch dann für uns nicht, wenn schon Sie ein in erster Linie auf den Namen unseres Korrespondenten zielendes, ganz unbezweifelbares Interesse bekunden.

Die Redaktion der „Schles. Volkswacht“ und der „Schles. Nachrichten.“ Fritz Runert.

Deutschland.

Zur Frage des 1. Mai hat die Fraktion vor 2 Wochen ihre Ansicht geäußert. Mit allen gegen eine Stimme wurde beschlossen:

„Den deutschen Arbeitern zu empfehlen, die Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu begehen, und weiter dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird.“

Wie jetzt hat man das Schreiben der Fraktion nur abgedruckt, aber keine Stimme weder für noch gegen wurde in den Parteiorganen laut. Nur die Berliner Bauhandwerker haben in einer Versammlung gegen den Beschluß der Fraktion protestirt. Es wäre nun gewiß an der Zeit, diese Frage in der Parteipresse zu diskutieren; haben wir es doch letztes Jahr gesehen, wie nachteilig eine zu späte öffentliche und allgemeine Diskussion und Beschlußfassung in dieser Sache wirkt. Abgesehen von der Frage, ob es besser ist, in diesem Jahre den 1. Mai oder den 1. Sonntag im Mai zu feiern, hat sich durch das Schreiben der Fraktion eine andere Frage der öffentlichen Diskussion gestellt, und zwar durch die Empfehlung „weiter dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird“ (nämlich der erste Sonntag im Mai). Die Fraktion sagt dazu: „Als Hauptgrund für diese Entscheidung fiel ins Gewicht, daß ein Tag zu wählen sei, welcher der gesammten Arbeiterklasse die Beteiligung an der Kundgebung ermöglicht.“

Wir sind nun der Ansicht, daß der erste Mai resp. der erste Sonntag im Mai allerdings ein Feiertag sein soll für die gesammte Arbeiterklasse, wenn er aber dieses noch nicht sein kann, einfach, weil die ganze Arbeiterklasse noch nicht zielbewußt genug ist, wenn also die Feiertag des ersten Mai für die nächste Zeit

immer nur eine Feiertag der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterparteien sein kann, dann darf man doch den Mangel nicht dadurch zu beseitigen suchen, daß man das wesentlich Bestimmende und allein Wirkungs- und Wertvolle des internationalen Arbeiterfeiertages, nämlich die Feiertag an einem bestimmten Tag, der in 7 Jahren 6 mal ein Arbeitstag ist, fallen läßt, und so, anstatt den indifferenten nicht sozialdemokratischen Teil der Arbeiterschaft zu uns heraufzu ziehen, selbst zu ihm hinabsteigen. Der erste Mai kann in erster Reihe nur ein Feiertag der zielbewußten sozialdemokratischen Arbeiterschaft sein, grade wie die hauptächlichste Forderung der am 1. Mai Feiern den, der Achtstundentag, nur eine Forderung der zielbewußten sozialdemokratischen Arbeiter ist.

Somit der „Braunschw. Volksfr.“ der sich mit seinen einleitenden Bemerkungen vollständig im Irrtum befindet.

Wir fügen zum Beweise dessen hinzu, daß z. B. die gewichtigste Stimme der schlesischen und polenschen Sozialdemokratie, der Parteitag der beiden Provinzen, der am 1. Februar in Breslau abgehalten wurde, sich in allen seinen Delegirten einstimmig schon vor Veröffentlichung des Fraktions Schreibens dahin aussprach: Der Parteitag beschließt, zu Gunsten einer starken Beteiligung an der Maifeier für 1891 durch alle seine Mitglieder kräftig einwirken zu wollen.

Die Feiertag wird am ersten Sonntag nach dem 1. Mai abgehalten. Die Art der Feiertag bleibt den einzelnen parteigenösslichen Kreisen überlassen. Ueberall aber ist dabei in der arbeitenden Bevölkerung die Forderung des Achtstundentages, deren Verwirklichung ein körperlich und geistig unabwiesbares Bedürfnis ist, hochzuhalten.

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Der Apfel ist Wehnert junior, der sich die unsterbliche Blamage als Sozialistenlöcher unlängst im Reichstage zuzog, — der Stamm aber jener Meinert, der profetisch vorausah, daß sein Sohn trotz des Gymnasiums es nicht weiter bringen werde als er, Wehnert sen.

Belagter älterer Wehnert nun hielt im schlesischen Landtage gelegentlich eine Rede von so überwältigender unfreiwilliger Komik, daß einzelne Perlen derselben den feinsten Geschlechtern überliefert werden müßten, was wir nachstehend genügend zu begründen hoffen:

Abg. Wehnert: „Die von der Regierung ausgesprochene und von der Deputation acceptirte Meinung, daß der gegenwärtige Volkstand eine Gehaltserhöhung der Beamten möglich mache, müßte er beitreten. Wäre ein wirklicher Volkstand vorhanden, so würde der Kammer nicht das Notstandsdecret in der Baumwollkalamität vorgelegt worden sein. Der gerühmte Volkstand finde sich nur bei Fabrikanten, Kaufleuten und Grundbesitzern; beim Mittelstande und bei den Gewerbetreibenden fehle er fast gänzlich. Die Frage, ob die Stellung der Beamten eine derartige sei, daß dieselben einer Gehaltserhöhung bedürften, möchte er verneinen. Die Achtung, welche sich der Beamte in seinem Wirkungskreise verschaffen solle,

liege in seiner Tüchtigkeit und Sparsamkeit, nicht im Repräsentationssonds. Der Beamte habe nicht nötig, in den belebtesten Teilen der Stadt zu wohnen. Die Lebensmittelpreise seien zwar in die Höhe gegangen, befänden sich jedoch jetzt schon im Zurückgehen, und wenn wir noch günstige Jahre erhielten (wahrscheinlich die sieben letzten Jahre Ägyptens), würden die Preise immer mehr herabgehen. Was die Bedürfnisse des täglichen Lebens anlangt, so gestehe er, daß er oft Mittagsbrot mit 5 Ngr. und einem Töpfchen Bier und Mittaggebrot mit 20 Ngr. und einer Flasche Wein genossen habe; doch sei ihm ersteres immer besser bekommen als letzteres. (Gelächter). Man habe auch die Erziehung der Kinder in Anschlag gebracht. Er habe an sich selbst die Erfahrung gemacht, daß die jetzige Erziehung teurer sei, als ehemals. (Heiterkeit). Während er seinem Vater jährlich 12 Taler Schulgeld gekostet habe, koste ihm jetzt sein Sohn monatlich 12 Taler, und es frage sich doch noch sehr, ob sein Sohn das erreichen werde, was er erreicht habe. (Gelächter.) Er würde ihn allerdings zur Universität schicken; aber von dort würde er auch viel mitbringen, was fürs Leben gar nicht nötig sei. Wie mit den Knaben, so verhalte es sich mit den Mädchen. Er habe eine Tochter, die werde er in Pension geben (Gelächter) dadurch würde sie an Umfang gewinnen (Gelächter in allen Räumen des Hauses), er meine an Umfang des Geistes. (Wiederholtes Gelächter).

Literarisches: Glauben und Wissen. Populäre Kritik der bestehenden Religionsgesellschaften im Gegensatz zum Wissen. Aus dem Holländischen von F. N. Verlag von G. Grimpe in Elberfeld, Kl. Klogbahn 10. Preis 30 Pf.

Wir können das Buch allen denen empfehlen, welche ein freies Wort lieben. Es ist eingeteilt in 18 Hauptstücke, von denen jedes Einzelne ein geschickter und begründeter Hinweis auf das Wissen im Gegensatz zum blinden Glauben enthält. Victor Hugo sagte einmal: „Gott schuf die Maus und als er sah, daß er einen Fehler gemacht hatte, schuf er die Katze!“ — Den Einfluß des Pfaffenstums, der sich heute noch oft in der Arbeiterfamilie geltend macht, zu bannen, sollte die Pflicht eines jeden ehrlichen Sozialdemokraten sein. Sie essen und trinken mit den Reichen und predigen den Armen Enthaltsamkeit. Sie lehren, daß wir in der besten aller Welten leben, trotzdem stündlich vier Tausend Menschen sterben, um deren Bahre trauernde Väter, Mütter und Kinder versammelt sind. Wahrlich, Hartmann hatte Recht, als er sagte: „Falls Gott vor der Schöpfung Bewußtsein gehabt hat, ist diese Schöpfung eine nicht zu entschuldigende Missethat.“ In den achtzehn Kapiteln des Buches wird dieser Beweis scharf und treffend geführt, wird die Lehre vom Dasein Gottes schlagend widerlegt. Offenlich findet das Buch in Arbeiterkreisen großen Absatz. Es verdient denselben.

Zum Koch'schen Feilverfahren. Die „Freisinnige Zeitung“ bringt folgende Notiz zu der Koch'schen Feilmethode:

Der Defektive von Chicago.

Der Präsident der Bank in Stability, Illinois, saß am grünen Tische des Direktorenzimmers des großen Bankgebäudes, emsig mit Schreiben beschäftigt. Einen Augenblick inachhaltend, berührte er den Knopf der kleinen Tischglocke zur rechten Hand und im nächsten Moment erschien der Diener in der Tür.

„John!“ rief der Präsident, „bitten Sie gefälligst Herrn Brooks zu mir.“

Nach einer kurzen Pause erschien John wieder und meldete:

„Herr Brooks ist noch nicht angekommen.“

„Noch nicht angekommen?“ wiederholte der Präsident, „das ist merkwürdig; es ist bereits zwanzig Minuten nach zehn.“

Der Präsident erhob sich und begab sich ins Konferenzzimmer.

„Herr Fink!“ fragte er den Buchhalter, „war der Kassierer heute bereits hier?“

„Ich habe ihn heute Morgen noch nicht gesehen, Herr Präsident.“

„Kommt Herr Brooks öfter unregelmäßig?“ fragte der Präsident weiter.

„Nein, Herr Präsident. Herr Brooks ist im Gegenteil stets pünktlich.“

„Er mag vielleicht krank sein,“ bemerkte der Präsident.

„Wenn ich nicht irre, wohnt Herr Brooks im ein Ballinore Hotel?“

„Ja, Herr Präsident.“

„Nun, ich werde nachsehen, was ihm fehlt, und falls die Direktoren inzwischen eintreffen, bitten Sie die Herren, auf meine Rückkehr zu warten.“

Herr Buhmann, der Präsident der Stability-Bank, ein stattlicher Herr, ging die Straße hinab, um Erkundigungen über Herrn Brooks einzuziehen. Tief in Gedanken versunken über die ungewöhnliche Abwesenheit seines Kassiers ging der alte Herr die Straße entlang, als er plötzlich von einem die entgegengesetzte Richtung heraufkommenden Manne angegrannt wurde.

Herr Buhmann, der ziemlich sicher auf seinen Füßen war, verlor sein Gleichgewicht durchaus nicht, aber der andere wurde einige Schritte zurückgeschleudert.

„Hallo, Buhmann!“ rief sein Gegenüber. Sie sind gerade so solide, wie Ihre Bank!“

„Sie scheinen es heute sehr eilig zu haben, Parize!“ erwiderte Buhmann.

„Oh, durchaus nicht; ich komme gerade mit dem letzten Zuge von Chicago und erlaube mir nochmals zu bemerken, Ihre Bank muß ein sehr solides Institut sein!“

„Weshalb machen Sie denn diese auffallende Bemerkung?“

„Well, nicht jedes finanzielle Institut kann heut zu Tage seinen Kassierer seine Ferienreise nach Canada machen lassen.“

„Nach Canada?“ warf Herr Buhmann vorichtig Sie meinen jedenfalls Herrn Brooks?“

„Ja, Herr Brooks! Als ich gestern Abend

den Chicagoer Zug besteigen wollte, sah ich, wie derselbe ein Ticket für den 9 Uhr Zug nach Detroit löste. Ich klopfte ihm noch auf die Schulter und fragte, ob er eine Ferienreise vorhabe. Brooks erwiderte mir, er habe Verwandte in Detroit, die er besuchen wollte; worauf ich noch scherzweise bemerkte, daß Detroit nahe der canadischen Grenze liege, dem Eldorado der Bankkassierer, worüber er etwas nervös zustimmend lachte. Dann fragte mich Brooks, ob ich morgen nach Stability zurückginge. Als ich dies bejahte, trug er mir auf, seine Freunde hier zu grüßen.“

„Ja,“ erwiderte der Präsident gefast, „Brooks ist auf einige Wochen beurlaubt.“

„Ich dachte es mir gleich, denn er sah etwas angegriffen aus, bemerkte Herr Parize, als er seinen Weg fortsetzte.“

Der Präsident zog seine Taschenuhr zu Rate, deren Zeiger nahezu auf elf zeigten. Er wußte, daß der Zug, welcher letzte Nacht Chicago verlassen, bereits im Innern Canada's war.

Als Herr Buhmann das Direktorenzimmer betrat, woselbst die Direktoren bereits vollzählig versammelt waren, drehte er den Schlüssel hinter sich ab, nahm seinen Platz am oberen Ende des Tisches ein und beriethete mit heiferer Stimme:

„Meine Herren, ich glaube Ihnen die Mitteilung machen zu müssen, daß unser Kassierer sich in Canada befindet!“

Mehrere Minuten herrschte tiefe Stille, dann rief Herr Meigs sich auf und fragte:

„Wie stehen seine Abrechnungen, Herr Buhmann?“

Eine ebenso wichtige, wie erfreuliche Nachricht haben wir unseren Lesern mitzutellen. Wie wir aus ärztlichen Kreisen erfahren, ist es dem Prof. Dr. D. Liebreich gelungen, das Koch'sche Versehen zu verbessern durch Einspitzen einer Substanz, welche in ihren Wirkungen diejenige des Koch'schen Mittels übertrifft. Es scheint gut zu sein, gegenüber dieser neuen Wundermittel so zurückhaltend als möglich zu bleiben.

Berlin. Eine neue Brutalität des Grafen Kleist-Loge! Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: Graf Kleist scheint die Muße, welche ihm durch seine einstweilige, aus Gesundheitsrücksichten zugebilligte Entlassung aus dem Gefängnis geschenkt ist, gut anzuwenden. Sein Diener Warncke, der in den vierzigern steht, ist seit einigen Tagen schwer an einem Lungenkatarrh erkrankt; er konnte also beim besten Willen die Befehle, die ihm sein Herr zukommen ließ, nicht ausführen und ließ sich deshalb unter ausdrücklichem Hinweis auf seine Krankheit, welche ihn an das Bett fesselte, entschuldigen. Das war aber nicht nach dem Geschmack des Herrn Grafen, der auf die Dienste seines Untergebenen nicht verzichten wollte, denn er sandte wiederholt Diensteute und Droschken nach dem Patienten mit der Aufforderung, in sein Hotel zu kommen. Da aber der Kranke beim besten Willen nicht Ordre pariren konnte, so beschloß der Graf, ihn zu züchtigen. Er begab sich am Abend 7 Uhr nach der Wohnung des Dieners, Schmidstraße 35, und eröffnete der Frau Stenz, der Wirthin des Dieners, daß er denselben sprechen wolle. Auf die Antwort der Dame, daß der Diener krank sei, erwiderte der Graf: „Daß war noch schöner! Ich bin Graf Kleist“ — sprach's, setzte den Fuß zwischen die Korridortür und erzwang sich den Eintritt in das Zimmer des Dieners. Bald darauf hörte Frau Stenz, die im Nebenzimmer verblieb, zwei klatschende Schläge und gellendes Hilfesgeschrei; sie holte ihren Schwiegervater zur Hilfe und man drang in das Zimmer des Kranken, um weitere Brutalitäten des Grafen gegen einen Wehrlosen zu verhindern. Die wiederholte Aufforderung der Wirthin, die Wohnung zu verlassen, ließ der Graf unberücksichtigt; erst als ein Schutzmann auf der Bildfläche erschien, trat er mit demselben den Weg nach der Wache in der Schmidstraße an, wo er sich legitimirte und wieder entlassen wurde. Er hat seinen zu Bett liegenden Diener mit der ringgepanzerten Hand zwei Mal hinter die Ohren geschlagen und zwar mit solchem Erfolge, daß derselbe augenblicklich nicht zu hören vermag; allem Anschein nach ist das Trommelfell geplatzt. Außerdem hat der Kranke durch die Aufregung eine erhebliche Verschlimmerung seines Zustandes erfahren; er phantastirt unausgesetzt und stürzte, wie uns die Wirthin versichert, heute früh im Hemd auf dem Korridor mit dem Rufe: „Zu Hilfe, zu Hilfe, der Graf kommt!“ Eine Ueberführung des Kranken in ein Krankenhaus erscheint notwendig. — Was angesichts dieser neuen Heldentat für den Verüber derselben notwendig und zwar dringend notwendig ist, braucht, so meinen wir, nicht erst besonders betont zu werden.

Ein schrecklicher Vorfall, von dem man noch nicht weiß, ob man es mit einem furchtbaren Verbrechen oder einem Selbstmord zu tun hat, ereignete sich in Spanous. Als kurz vor 6 Uhr früh ein vom Schiffschen Bahnhof kommender Zug in den Bahnhof einlief, ist ein Schaffner aus einem Waggon in einen Festungsgraben, über den der Zug fuhr, geraten. Die Leiche des Beamten wurde eine Stunde später gefunden. Am Kopfe fand sich eine schwere Verletzung. Der Körper ist offenbar mit dem Hinterkopf auf das 4 Fuß hohe Brückengeländer aufgeschlagen und dann in das Wasser gefallen, in welchem er nicht wieder zum Vorschein kam. Nach den örtlichen Verhältnissen erscheint es ausgeschlossen, daß der Schaffner, wenn er wirklich vom Zuge herabgestürzt wäre, in den Graben fallen konnte, er wäre dann vielmehr vom Zuge überfahren worden. An die zweite Möglichkeit, daß der Beamte in selbstmörderischer Absicht vom Zuge gesprungen sei, wird auch nicht geglaubt. Es besteht vielmehr der furchtbare Verdacht, daß der Schaffner aus dem Waggon gedrängt und in den Graben geworfen worden ist. Der Vorfall ist der Staatsanwaltschaft am Landgericht II gemeldet und die Recherchen nach den Passagieren des Waggons sind sofort aufgenommen worden. Es fand in der Gewehrfabrik eine Vernehmung derjenigen Leute statt, welche in Berlin und Charlottenburg wohnen und sich in dem Zuge befunden haben, aus welchem der Schaffner in den Festungsgraben (Schlangengraben genannt) geraten ist. Es kommen mehrere hundert Personen in Betracht.

Zu welcher verzweifeltsten Schritten arme Menschen durch Not und Arbeitslosigkeit getrieben werden, wurde wieder einmal durch eine Szene illustriert, die sich im Moabiter Justizpalaste abspielte. Dasselbst erschien ein junger Mann, welcher sich allenthalben erkundigte, an wen er sich zu wenden habe, um verhaftet zu werden. Er habe ein Recht dazu, seine Verhaftung zu verlangen, denn er habe gestohlen. Er wurde nach den Gerichtsschreibereien der Untersuchungs-Abteilung gewiesen, dort gab er an, daß er in der Kirchbachstraße in Schlafstelle gelegen und seinem Schlafkameraden den Ueberzieher gestohlen habe. Die Tat sei aus Not geschehen, denn eine ganze Woche lang habe er so gut wie nichts gegessen. Den ganzen Winter sei er arbeitslos gewesen, nur hin und wieder habe er als Schneeschipper vorübergehende Beschäftigung gefunden. Durch den Diebstahl habe er sich ein Unterkommen im Gefängnisse schaffen wollen, nachdem er sich von den drei Mark, die er für den Verlass des Ueberziehers erhalten, vorgestern und gestern noch einmal ordentlich satt gegessen habe. Der Untersuchungsrichter erklärte jedoch, er dürfe ihn ohne Anweisung nicht verhaften, er müsse sich an die vierte Abteilung des Polizei-Präsidiums wenden. Einer der Beamten gab dem Selbstdenunzianten 50 Pfennig mit dem Rufe, noch einmal zu Mittag zu essen und sich dann der Polizei zu stellen. Das versprach denn auch der Mann zu tun.

Angesichts des am 12. Februar genehmigten neuen, französischen Vereinsgesetzes, welches natürlich einen wesentlichen neuen Fortschritt bedeutet, schmachten die Elsaß-Lothringer noch unter dem vor fast hundert Jahren

erlassenen alten französischen Gesetze. Unser Bruder organ, die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung“ schreibt:

Dagegen hat es die deutsche Behörde in Elsaß-Lothringen Kraft des heute noch wacker angewandten Artikels 291 des französischen Strafgesetzbuches viel schöner. Derselbe besagt nämlich: „Eine gesellschaftliche Vereinigung von mehr als 20 Personen, die zum Zwecke hat, sich alle Tage oder an gewissen bestimmten Tagen zu versammeln, um sich mit religiösen, literarischen, politischen oder anderen Gegenständen zu beschäftigen, darf sich nur mit Genehmigung der Regierung und unter den Bedingungen bilden, welche die Behörde dem Vereine vorzuschreiben für gut befindet. In der in diesem Artikel festgesetzten Zahl von Personen sind diejenigen nicht eingeschlossen, die in dem Hause wohnen, in welchem die Gesellschaft zusammenkommt.“ Ebenso gut brauchbar, wie diese französische uralte Gesetzesbestimmung für reaktionslustige deutsche Regierungsbehörden von heute ist, sind die darauffolgenden Artikel des nämlichen französischen Strafgesetzbuches, namentlich der nachstehende Artikel 292: „Jede Gesellschaft von der oben bezeichneten Art (vgl. Art. 291), die sich ohne Genehmigung gebildet, oder die, nach erlangter Genehmigung, die ihr vorgeschriebenen Bedingungen verletzt hat, wird aufgelöst.“ — Die Erfahrung hat gezeigt, daß die gegenwärtige deutsche Behörde in Elsaß-Lothringen diese freiheitsfeindlichen, nun nahezu hundertjährigen Gesetzesbestimmungen aus der französischen Reaktionszeit wirklich musterhaft zu handhaben versteht. Noch in ganz jüngster Zeit wurde dem Arbeiterwahlverein für Geheimnis und demjenigen für Weg die nachgesuchte Genehmigung ohne Angabe von Gründen „brevi manu“ (kurzerhand) versagt.

Bielefeld. Die hiesige Polizei beschlagnahmte auf Antrag des Berliner Amtsgerichts Regels Niederbuch in der Buchhandlung der „Volksmacht“.

Offenburg. Eine Nummer des sozialdemokratischen „Volksfreund“ wurde gerichtlich beschlagnahmt. Ein Artikel „Der Selbstmord als Massenerscheinung“, worin die Statistik der Selbstmorde beim Militär zum Gegenstande einer Beurteilung des Militarismus gemacht ist, soll den Tatbestand des § 131 (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen durch Behauptung erdichteter Tatsachen) erfüllen. Auf die amtliche Beschlagnahme der Nummer 4 des „Volksfreund“ wegen Beleidigung einer Gerichtsbehörde ist noch keine Anklage erfolgt.

Ausland

England.

London. Die hiesigen Bootleute und Lichter-männer haben den Boykott gegen die mit sog. freien Arbeitern bemannten Schiffe in den Londoner Docks erklärt.

Ueber den jüngsten Frauenmord in Whitechapel (London) wird der „Königlichen Zeitung“ berichtet: Der Schauplatz des Mordes in Whitechapel liegt in der Mitte des Eisenbahabogens, dessen eine Hälfte, durch eine Bretterwand getrennt, als Schuppen dient,

„Bei der letzten Kassenrevision schien alles in Ordnung zu sein.“

„Schön, hm!“ murmelte Herr Meiggs. Sie wissen, ich habe dem Menschen nie recht getraut; er war viel zu schlau für mich. Jedenfalls wird er eine hübsche Summe mitgenommen haben.“

„Ich begegnete soeben Herrn Parizel auf der Straße, er sah Brooks gestern Abend, als derselbe den Zug Detroit bestieg. Brooks gab ihm zu verstehen, daß er auf der Ferienreise begriffen sei. Meiner Ansicht nach wäre es das Beste, das Gerücht aufrecht zu erhalten, Brooks sei zur Erholung beurlaubt, um Zeit zu weiteren Maßregeln zu gewinnen.“

Die meisten Direktoren stimmten diesem Vorschlage bei, nur Meiggs protestierte dagegen und sagte:

„Nassan! Die Wahrheit kommt doch sofort an's Tageslicht, sobald die Reporter Wind bekommen. Im besten Falle gewinnen wir eine Woche.“

„Ich habe nur den Kredit im Auge,“ fiel Herr Buhmann sich selbst ein. „Falls Ihnen mein Plan nicht gefällt, machen Sie einen besseren Vorschlag.“

„Mein erster Vorschlag ist,“ sagte Herr Meiggs, „wir telegraphiren sofort nach Chicago, lassen uns einen tüchtigen Kassenrevisor mit einigen Assistenten kommen. Zu gleicher Zeit lassen wir uns den besten Bankdetektive kommen und legen die ganze Angelegenheit in dessen Hände. Ein Zug verläßt Chicago um ein Uhr; es ist jetzt kurz nach elf. Falls Sie Ihre Zustimmung geben, haben wir den Revisor und Detektive mit demselben Zuge hier.“

Die Vorschläge wurden einstimmig angenommen und punkt drei Uhr waren alle vollzählig wieder ver-

sammelt. Die Beratung mit dem Kassenrevisor war eine kurze.

Herr Meiggs empfing den Detektive am Bahnhofe und erklärte ihm die Sachlage genau, während er ihn nach dem Direktorenzimmer führte.

„Meine Herren,“ fragte der Detektive, welcher das Aussehen eines gedeihlichen Geschäftsreisenden hatte, „ist Ihre Bank in der Lage, einen „Ruin“ auszuhalten?“

Der Präsident machte ein erschrockenes Gesicht bei dieser Frage, antwortete jedoch, daß die Bank wol im Stande sei, einen „Ruin“ auszuhalten.

„Dann, meine Herren, erlaube ich mir vorzuschlagen, die volle ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Wir zeigen in den Zeitungen an, daß der Kassierer geflüchtet und daß ein Kassenrevisor mit der Feststellung der unterschlagenen Summe betraut ist.“

„Ich stimme mit diesem Vorschlage nicht überein,“ wagte Herr Buhmann einzuwenden.

„Sehr wol,“ sagte der Detektive, „indem er seine Uhr zog, „ich gebe Ihnen fünf Minuten zur Ueberlegung, ehe ich den nächsten Zug nach Chicago nehme. In dieser Zeit müssen Sie sich entscheiden, ob Sie mir die Sache überlassen oder einen Anderen damit betrauen wollen!“

„Aber dann wird ein großer „Ruin“ erfolgen, während, wenn wir sagen, der unterschlagene Betrag sei nur geringfügig, dies vielleicht vermieden werden kann.“

„Nein, Herr Präsident,“ antwortete der Detektive fest, „wir wissen den unterschlagenen Betrag nicht. Mein Motto ist, „die volle Wahrheit“ zu sagen.“

Die Direktoren waren durch den bestimmten Vorschlag des Detektives äußerst überrascht und hielten eine leise flüsternde Beratung.

„Noch eine Minute,“ sagte der Detektive kaltsblütig, auf seine Uhr sehend.

Die Herren brauchten nur eine halbe Minute zur Entscheidung, dann erklärte Herr Buhmann mit einem schweren Seufzer:

„Wir legen die ganze Sache in Ihre Hände.“

Am nächsten Tage waren alle Zeitungen mit der Flucht des allgemein beliebten Kassiers Brooks von der Stability Bank beschäftigt. Herr Parizel gab eine ausführliche Beschreibung seiner Begabung mit Brooks zum Besten und malte aus, wie das Gesicht des Flüchtlings freibeweis und furchtjam ausgesehen habe.

Der erwartete „Ruin“ auf der Bank erfolgte, da jedoch alle Forderungen prompt gedeckt wurden, geriet die ganze Sache schnell in Vergessenheit.

Bei der nächsten Direktoren-Versammlung führte Herr Buhmann den Vorsitz, der Detektive saß in der Nähe des Fensters, während der Kassenrevisor, einen Beagen Papier in der Hand haltend, den Rechenschaftsbericht ablegte.

„Meine Herren,“ begann Dysterer, „ich habe ein Defizit von 65 000 Dollars entdeckt. Die Unterschlagung hat schon seit langer Zeit stattgefunden und ist bisher meisterhaft verdeckt worden.“

(Schluß folgt.)

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung.

Die zweite Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle (Arbeiter-Schutz-Gesetz) wird fortgesetzt.

§ 105d statuiert die Befugnis des Landrats, für bestimmte Gewerbe, für Betriebe, mit Arbeiten, die ihrer Natur nach Unterbrechung oder Aufschub nicht gestatten, sowie für Saisonbetriebe und solche, die mitunter außerordentlich verhärtet tätig sein müssen, Ausnahmen von den in § 105b vorgeschriebenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe zuzulassen.

Abg. Bebel beantragte, diese Befugnis lediglich auf Betriebe, die ihrer Natur nach Aufschub oder Unterbrechung nicht gestatten, zu beschränken.

Der zweite Absatz des § 105d der Kommissionsbeschlüsse schreibt in Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage vor, daß die Regelung der hier in Frage kommenden gestatteten Arbeiten und Arbeitsbedingungen für alle Betriebe derselben Art gleichmäßig zu erfolgen hat. Nach Absatz 3 sollen die betreffenden vom Bundesrat getroffenen Bestimmungen durch das Reichsgezeblatt veröffentlicht und dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Die Kommissionsmitglieder aus der freisinnigen und Volkspartei beantragen, daß diese Bestimmungen auf Verlangen des Reichstags wieder außer Kraft gesetzt werden sollen.

Abg. Ulrich (Soz.): Der Kommissionsantrag enthält sehr weitgehende Befugnisse für den Bundesrat, die sich für die Lage der Arbeiter höchst bedenklich gestalten müssen. Die Saisonarbeit bildet das Kleingewerbe ohnehin herab und macht es den Großfirmen dienstbar, ohne daß diese direkt als Fabrikanten auftreten. Der Niedergang der Portemonnaie-Industrie ist ein Beweis davon; hier, wie in manchen anderen Industrien, werden eigentlich das ganze Jahr hindurch Saisonartikel fabrikt, und die kleinen Leute, die ohne Kapital arbeiten, können den Ansprüchen nach neuen Mustern nicht mehr genügen. Ein kürzlich erschienener Artikel in der Zeitschrift für Portemonnaie-, Leder- und Galanteriewaaren schildert deutlich, wie die kleinen Fabrikanten schließlich die Lohnarbeiter der Großfirmen werden und die Verminderung ihres Gewinnes weiter auf ihre Arbeiter abwälzen müssen. Die Menge der Ausnahmestimmungen in diesem Gesetz macht es an sich schon unübersichtlich; die hier statuierte Ausnahme aber ist abgesehen davon auch an und für sich sehr schädlich. Die Zahl der Industrien, die als Saison-Industrien angesehen werden können, ist sehr groß, um so bedenklicher ist der Kommissionsantrag. Der unsrige könnte ja für die Uebergangszeit bedenklich erscheinen, aber bald wird man sich an die neuen Verhältnisse gewöhnen und die Arbeitspausen in der schlechten Saison, sowie die übermäßige Arbeit in der Geschäftssaison werden aufhören. Nehmen Sie den Kommissionsantrag an, so werden sehr viele Unternehmer durch beigebrachte Gutachten beim Bundesrat die Ueberzeugung hervorrufen, daß ihre Industrie Saisonartikel produziert, die Ausnahmbestimmungen werden auf sie angewandt und die Arbeiter um die Sonntagsruhe gebracht werden, die ihnen das Gesetz gewährt will. Deshalb empfehle ich Ihnen den Antrag Bebel zur Annahme.

Abg. Gutfleisch (Df.): Die Ausnahmbefugnis hebt den Begriff der Sonntagsruhe für sehr viele Arbeiter in der Tat wieder auf. Ohne eine solche Ausnahmbefugnis des Bundesrats kann man aber wegen der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie nicht bestehen. Der Reichstag muß sich aber ein entscheidendes Wort vorbehalten. Der Bundesrat ist nicht sachverständiger als der Reichstag. Wir beantragen, um dem Reichstage die oberste Kontrolle zu sichern, daß die ergangenen Bestimmungen außer Kraft treten, wenn der Reichstag dies verlangt. Eine solche Befugnis für den Reichstag besteht jetzt schon auf anderen Gebieten der Gewerbe-Ordnung.

Abg. Hartmann (Df.): Der Bundesrat kann sich der Möglichkeit, daß seine Verordnungen durch den Reichstag wieder außer Kraft gesetzt werden, nicht aussetzen; er wird also sehr vorsichtig mit dem Erlaß seiner Vorschriften sein. Damit können wir uns zufrieden geben.

Abg. Baumbach-Berlin (Df.) erfuhr bringend um die Annahme des Antrages Gutfleisch. Zu einem Vertrauensvotum für den Bundesrat sei dieses Gesetz nicht geeignet. Die freisinnige Partei könne nicht ein gutes konstitutives Recht einfach aus der Hand geben. Der Bundesrat selbst habe ein Interesse an der Annahme des freisinnigen Antrages, denn er übertrage dem Reichstage die Mitverantwortlichkeit für das Datum, welches auf den betreffenden Bestimmungen event. ruhe. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher empfiehlt Ablehnung des Antrages Gutfleisch.

Abg. Bebel: Wenn die vom Abg. Hartmann befürworteten Modifikationen auch vom Bundesrat für zulässig erachtet werden sollten, so fürchte ich, daß sie bedenklich groß sein werden. Es genügt Herrn Hartmann nicht, daß der Bundesrat Ausnahmen zuläßt, wo die Produktionsbedingungen es erfordern; er führt auch Konkurrenzbedingungen an. Leider sind solche noch allgemein maßgebend und könnten es auch beim Bundesrate sein. So könnte es dahin kommen, daß für kein Gewerbe die Bestimmung des § 105b voll und ganz gilt. In unseren Anträgen liegt auch nichts Schablonenhaftes. Herr Baumbach hält es für einen großen Schaden der ökonomischen Gesetzgebung, daß man dort deutlich gesagt hat, wo Sonntagsarbeit nicht stattfinden darf, und daß man gleichwohl 27 Kategorien von Ausnahmen festgesetzt hat. Wir wären glücklich, wenn wir nicht mehr als 27 Kategorien geschaffen hätten, leider werden es bei uns über 100 werden. Unsere Sonntagsgesetzgebung wird also bedeutend ungünstiger ausfallen als die österreichische. Alles, was wir verlangen, steht bereits in anderen Gesetzgebungen, so in England und in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und auch in Oesterreich. Frankreich wird in Kürze genötigt sein, in der Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung weiterzugehen. Ich fürchte, daß der Bundesrat mit den Ausnahmen viel zu weit gehen wird. Diese Bestimmung öffnet der Auslegung Tür und Tor. Für den Antrag Gutfleisch kann ich mich erklären, weil ich immer bereit bin, die Macht des Reichstags zu vermehren. Aber ich würde denselben Antrag, zu § 105g gestellt, wahrscheinlich ab-

Aus Nordböhmen und Mähren wird uns insbesondere über die energische Tätigkeit der Genossen berichtet. Die erbgekauften Mandatsbesitzer werden uns wol überall zu spüren kriegen. Freilich behagt ihnen das nicht überall; und die lobige Manier, in welcher Herr Dr. Knob Gen. Kiesewetter bei der Wähler-Versammlung in Gabel mundtot machen ließ, zeigt deutlich, wessen man sich von diesen Herren versehen muß. Besser ging es Gen. Hanser in Hernals, der dem Fürsten Vichtenstein in ausführlicher Weise antwortete und nur von einigen gemüthlichen Zwischenrufen wie „Judenknecht“ zc. unterbrochen wurde. Das hinderte Hanser aber nicht, den Standpunkt der Sozialdemokratie in zweimaliger Rede deutlich auszusprechen und er hätte auch dem Dr. Lueger, der dann noch sprach, einiges Triftiges sagen können, aber die Herren zogen vor, die Versammlung zu schließen.

Indessen hat die Organisation des Bezirk-Wahlkomitees Fortschritte gemacht und wurde bereits an die Nennung der Zahlkandidaten für einige Bezirke gegangen. Für Nieder-Oesterreich sind uns folgende Kandidaturen bekannt geworden:

Wien. Leopoldstadt: Gen. Josef Sybes, Weber, Redakteur des „Kronos“ in Brünn, aus Wien auf Grund der Ausnahmsverfügungen ausgewiesen seit sechs Jahren. Landstraße: Gen. Anton Kreuzer, Bäckergehilfe; Wieden und Favoriten: Gen. Andreas Große, Kassenbote; Margarethen: Gen. Karl Höger, Gehilfenobmann der Buchdrucker; Mariahilf: Gen. Dr. B. Adler, Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung“; Neubau: Gen. Höger; Josefstadt: Gen. Höger. Hernals und Sechshaus: Gen. Neumann, Gehilfenobmann der Drechsler.

Außerdem werden für einige Bezirke Nordböhmens Zahlkandidaten aufgestellt werden; ebenso in Brünn, Proßnitz, Mähr. Trübau.

In Wien wurde im Rahmen des Vereins „Gleichheit“ fleißig gearbeitet. Sonntag fand im X. Bezirk in Rappels Rosenfäden eine ungemein zahlreich auch von Wählern besuchte Versammlung statt, bei welcher Genosse Große und Adler in deutscher, Genosse Dpletal in tschechischer Sprache das Parteiprogramm entwickelten. In einer Versammlung in Meidling sprachen Neumann und andere Genossen.

Mittwoch Abends hat zum ersten Male in Oesterreich ein Sozialdemokrat eine Kandidatenrede für den Reichsrat gehalten. Es war dies Gen. Höger, der in einer Versammlung des Vereines „Gleichheit“ in Hamburger's Saal, zu welcher die Wähler eigens eingeladen waren, für das Mandat des V. Bezirkes kandidirt. Der Saal war überfüllt und eine bedeutende Zahl von Demokraten und Antisemiten erschienen. Trotdem wurde die Ruhe der Versammlung, die Gen. Leißner leitete, nicht im Mindesten gestört. In 2 1/2 stündiger glänzender Rede gab Höger ein durch reiches Ziffernmateriale illustriertes Bild der gesellschaftlichen und politischen Zustände Oesterreichs und entwickelte zum Schluß unser Programm. Freund und Feind lauschte gespannt, und man sah es manchen Herren an, daß diese Behandlung politischer Dinge ihnen neu sei. Nach der Aufforderung des Vorsitzenden, auch Gegner mögen sich zum Worte melden, bestieg Herr Dohauer, der demokratische Kandidat, die Tribüne und führte aus, den Demokraten sei das sozialdemokratische Programm sehr sympatisch und seine Partei sei immer für Freiheit und Humanität eingetreten. Ubrigens meine auch er, daß der Sozialdemokratie die Zukunft gehöre. Gen. Adler ergriff nun das Wort, um klarzulegen, worin sich unser Programm von dem der bürgerlichen Demokraten unterscheidet. Daran knüpfte er eine Kritik des liberalen und des antiliberalen Programms. Nach einigen Schlußworten Högers wurde die wirklich höchst befriedigende Versammlung mit dem „Lied der Arbeit“ und Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. In der nächsten Zeit finden in allen Bezirken ähnliche Versammlungen statt.

Dem Genossen Dr. Victor Adler wollte man das Wahlrecht entziehen wegen seiner letzten Gefängnisstrafe wegen Störung der öffentlichen Ruhe; gelingen wird dieser Streich natürlich nicht, weil diese Streichung aus den Wählerlisten nicht aufrecht zu erhalten ist; sie beweist aber, daß man uns fürchtet und jede Gelegenheit uns zu schädigen, gerne benutzt, sei es auch, daß man dabei das Gesetz übertreten muß.

während die andere Hälfte den Durchgang bildet. An beiden Enden ist der Durchgang erleuchtet, in der Mitte aber selbst am hellen Tage so dunkel, daß das Kreuz, welches die Polizisten am Fundort der Leiche in die Bretterwand eintrakteten, nur mit Hilfe eines Streichhölzchens sichtbar war. Die Dertlichkeit ist ein wahres Labyrinth von Durchgängen und Gäßchen mitten zwischen Baarenschuppen, Bahnstellen und Logirhäusern, darunter auch die deutsche Bäderherberge in Leman Street. Ein Entschlüpfen ist hier leicht. Der entdeckende Polizist will noch die Fußtritte des entweichenden Mörders gehört haben. Angeblich ist festgestellt, daß das Opfer eine Straßendirne ist, die den Spitznamen Carrotty Nell (fuchsiges Vene) führte. Sie wanderte wohnungslos von Logirhaus zu Logirhaus. Ein Bahngepäckträger, welcher das Paar in den Bogen eintreten sah, beschreibt ihren Begleiter als einen ausländischen Schiffsheizer; darauf sind denn die fremden Schiffe in den Docks, besonders die spanischen, durch die Polizei untersucht worden. Die Aufregung der weiblichen Bevölkerung in Whitechapel ist groß. Ueberall begegnet man Gruppen, die den Mord lebhaft besprechen. Die Leiche ist ins Totenhaus in Whitechapel Road geschafft; die Türe wird fortwährend von einer großen Menschenmenge belagert. — Ein weiterer Bericht besagt: Die Durchsuchung der Viehschiffe nach dem Frauenmörder von Whitechapel ist erfolglos geblieben, die verhafteten Verdächtigen wurden wieder freigelassen. Selbst die Persönlichkeit der Ermordeten ist noch nicht zweifellos festgestellt, bald wird sie Carrotty Nell, bald Frances genannt, daher wird die Ermordete vorläufig von der Polizei als unbekannt bezeichnet. In drei verschiedenen Orten wurde sie vor dem Mord gesehen: erstens in einer Kneipe, wo sie zur Eile antrieb, weil sie um 12 1/2 Uhr ein Stelldichein am Gemölbehogen habe; zweitens auf der Straße mit einem Begleiter, welcher sagte: „Wenn Du nicht mit mir heim gehen willst, wirst Du mit keinem Andern mehr heimgehen!“ drittens auf der Commercial Road mit einer Freundin; die Beiden wurden von einem Matrosen angeredet, welcher der Freundin eine halbe Krone anbot und ihr einen Schlag auf's Auge versetzte, als sie sich weigerte, ihn zu begleiten, worauf die Ermordete mitging. Der Polizist, welcher die Leiche entdeckte, war ein junger Neuling, sonst hätte er den Mörder, dessen Fußtritt er noch hörte, sofort verfolgen müssen, statt bei der Leiche zu bleiben. Getabelt wird ferner, daß die Polizisten schweres benageltes Schuhwerk tragen, welches ihr Herannahen weithin verrät; auch der Mangel abgerichteter Hundehunde wird beklagt. Die Form des Halsdurchschnittes deutet darauf hin, daß der Mörder linkschändig ist; daher zieht man den Schluß, daß er im Dunkel des Gemölbehogens seinem Opfer, von hinten mit der rechten Hand an Mund und Kinn fassend, den Kopf zurückbog und mit der linken Hand die Kehle durchschnitt. Tatsache bleibt, daß seit Weihnachten 1887 zehn Morde in dem begrenzten Gebiete, dessen Mittelpunkt die Polizeistation von Leman Street ist, stattgefunden haben und daß das Geheimnis, welches über ihnen schwebt, noch nicht aufgedeckt ist. Die Schuld liegt größtenteils an den englischen Rechtsverhältnissen und der beschränkten Macht der Polizei, da kein Polizist ohne schriftliche Ermächtigung in ein Haus einrücken oder verhaften darf. — Am Sonnabend hat die Polizei in den Docks einen Mann festgenommen, der kurz vor dem Mord mit der Ermordeten zusammen gesehen ward. Er soll blutbespritzte Kleider haben und längst schon der Polizei als „Sack der Aufschlitzer“ verdächtig gewesen sein.

London. Gegen Thomas Saddler, der den jüngsten Frauenmord in Whitechapel begangen haben soll, ist die formelle Anklage erhoben worden. Es ist ein großes scharfes Messer bei ihm gefunden worden; außerdem sind einige andere ihm schwer belastende Umstände zu Tage gekommen. Saddler hat eingeräumt, daß er die Ermordete gekannt und mit ihr am Abend vor der Ermordung verkehrt habe; er behauptet jedoch, er habe sie um 10 Uhr verlassen und sei an ihrer Ermordung unschuldig. Saddler wurde heute bereits dem Richter vorgeführt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurde die Verhandlung auf acht Tage vertagt.

London. Aus Chile sind bis zum 7. Februar reichende Nachrichten eingetroffen, denen zufolge die Insurgenten den Hafen und die Stadt Valparaiso wieder eingenommen, Pisagua und Jaquique bombardirt und niedergebrannt haben. Wie verlautet, unterstützt eine auswärtige Macht die Insurgenten.

Oesterreich-Ungarn. Der Wahlaustraf unserer Partei zu den österreichischen Reichsratswahlen wurde konfirmirt. Ein Anzahl Verbreiter desselben wurden verhaftet.

Ueber die rüftig vorwärts schreitende österreichische Wahlagitation schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

lehnen. Denn hier bei § 105d erlangt der Reichstag die Macht, wenn der Bundesrat einmal in der Auslegung seiner Vollmachten zu weit geht, hierin eine Beschränkung zu Gunsten der Arbeiter einzutreten zu lassen, aber umgekehrt könnte der Reichstag bei § 105g, wenn der Bundesrat einmal eine weitere Beschränkung der Sonntagarbeit bestimmt hat, diesen den Arbeiter günstigen Beschluß wieder außer Kraft setzen. Wenn der Bundesrat in diesen Fragen allein der Vermögen und Wissende ist, brauchen wir ja den Reichstag überhaupt nicht. Allerdings kann sich der Bundesrat in diesen technischen Fragen umfassendere Informationen schaffen als wir, aber nicht nur im Reichstag hängt alles von zufälligen Majoritäten ab, sondern auch im Bundesrat ist die Majorität gebunden, denn derselbe wird selten anders beschließen als die preussische Regierung. Mein Antrag läßt allein die Ausnahmen zu, die zugelassen werden müssen. Im übrigen bin ich damit einverstanden, daß wir in diesem Falle die Vollmacht des Bundesrats durch den Antrag Gutfleisch beschränken.

Abg. Möller (natl.) spricht sich gegen beide Anträge und für die Kommissionsvorlage aus.

Abg. Schrader (dfr.): Auch ich kann im Interesse der Saison-Industrien den Antrag Bebel nicht befürworten. Unseren eigenen Antrag aber stützen wir hauptsächlich darauf, daß jedes verfassungsmäßige Pflicht ist, von der ohne ganz zwingende Gründe der Reichstag sich nicht entbinden darf. Der Bundesrat verhandelt hinter verschlossenen Türen; plötzlich erscheint die Verordnung, von der bisher die beteiligten Industrien keine Ahnung hatten. Der Reichstag dagegen hat die Öffentlichkeit für sich. Dazu ist der Bundesrat verfassungsmäßig absolut unverantwortlich; es bleibt uns nicht die mindeste Einwirkung, sobald wir unsere Befugnisse in irgend einer Beziehung an ihn abgegeben haben. Nur nebenher will ich darauf verweisen, daß die Majoritäten im Bundesrat keineswegs feststehen, sondern in der Frage des Arbeiterschutzes im Jahre 1890 total gewechselt haben. Für eine fällige Verordnung wäre uns doch der Reichskanzler verantwortlich, Erlasse des Bundesrats aber sind für uns überhaupt nicht erreichbar, wenn wir den Antrag Gutfleisch nicht annehmen. Die Volksvertretung muß dauernd beschäftigt bleiben mit der Arbeiterschutzes Gesetzgebung; dazu gehört, daß wir uns auch hier das uns zustehende Recht der Kontrolle ausdrücklich sichern.

Staatssekretär v. Böttcher: Es handelt sich hier gar nicht um eine Verfassungsbestimmung und Aenderung, sondern einfach darum, daß dem Reichstag angenommen wird, eine Befugnis, die er hat, nicht aus politischen, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Bundesrat zu übertragen. Die Erweiterung und Einbeziehung der Zweckmäßigkeitsfragen würde im Plenum des Reichstags einfach undurchführbar sein. Auch darin geht der Vortredner zu weit, daß er jede nachträgliche Kritik für unwirksam erklärt. Beim Etat des Reichsamt des Innern z. B. wird viel gefragt und von unserer Seite wird viel geantwortet (Zwischenruf links), vielleicht nicht zu Ihrem Beifall, aber geantwortet wird immer. (Große Heiterkeit) Die wechselnde Stellung des Bundesrats in der Arbeiterschutzesfrage will ich nicht näher berühren (Heiterkeit links), auch die Stellung der freisinnigen Partei hat zu dieser Frage sehr gewechselt. (Sehr gut! rechts.) Durch alle Ihre Ausführungen zieht sich ja doch ein etwas von Vertrauen zum Bundesrat. Lassen Sie sich von diesem Hauch noch etwas weiter tragen. Die Rhodus, hic salta! Lehnen Sie den Antrag Gutfleisch ab.

Abg. v. Stumm (Nat.) empfindet ebenfalls die unveränderte Annahme der Kommissionsvorlage. Wenn auch der Bundesrat nicht ohne Weiteres der sachverständigere sei, so entscheide er doch objektiver und konstanter (Heiterkeit links); der Antrag Gutfleisch schaffe Willkür, nicht Gesetzlichkeit (Wachen links).

Abg. Orterer (Z.): Wir werden gegen beide Anträge stimmen und zwar aus praktischen Erwägungen. (Beifall rechts.)

Abg. Böllmer (dfr.): In seiner Furcht vor den nachteiligen Folgen der Annahme des Antrages Gutfleisch ging Herr von Stumm so weit, von einem Zustande der Willkür zu sprechen. Diese Art der Argumentation überrascht mich doch einigermaßen. In dem Zuckersteuergesetz befindet sich im § 2 bezüglich der Besteuerung der Zuckerabläufe eine wörtlich mit unserem Antrage gleichlautende Bestimmung; hier hat also der Bundesrat die Schwierigkeiten nicht gefunden, welche ihm hier die Mitwirkung des Reichstags unangebracht erscheinen lassen. Wir wollen doch dem Arbeiter die Sonntagruhe in möglichst ausgebreiteter Weise sichern; damit ist wohl auch die Frage: Wem zum Nutzen? des Herrn Staatssekretärs beantwortet.

Abg. Klemm-Ludwigsbaven (natl.) bittet im Interesse der Sicherung der Arbeit der chemischen Industrien dringend um Ablehnung der Amendements.

Abg. Ulich (Soz.): Die Festspiele, die von Seiten der Gegner unseres Antrages angeführt werden, beziehen sich gar nicht auf den Fall des § 105d sondern sie gehören zu den Fällen, in denen eine Betriebsunterbrechung wegen der Natur des Gewerbes nicht eintreten kann; bei solchen eintreten auch wir natürlich keine Arbeitspause. Abg. Hartmann wirft uns vor, unser Antrag schütze das Kind in dem Bade aus, aber gerade er tut das, denn er will wegen der Rücksicht auf die Arbeiter die ganze Sonntagruhe aufheben. In dem Bericht des Chemischen Fabrikspektors ist klar ausgedrückt, daß wegen angeblicher Saisonarbeiten Einschränkungen der Sonntagruhe eintreten, die unbeschadet der Entwicklung der Industrie vermieden werden könnten, und der Chemiker Stadtrat hatte gegen diesen Bericht nichts einzuwenden! Das zeigt die Notwendigkeit der Annahme unseres Antrages. Der Abg. Klemm verweist auf die chemische Industrie, aber gerade sie ist so leistungsfähig und gibt so hohe Dividenden, daß sie eine Einschränkung wohl ertragen kann. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, so wird das Prinzip der Sonntagruhe so durchlöcherig sein, daß schließlich, wie in einem großlöcherigen Sieb, nichts mehr vorhanden ist.

Abg. Schrader: Zum Zustandekommen eines Gesetzes gehört die Uebereinstimmung von Reichstag und Bundesrat, dieses Verhältnis soll hier geändert werden, und insofern habe ich mit Recht andeutungsweise von einer Verfassungsänderung gesprochen. Ob es angemessen war, von Willkür zu sprechen, wie es Herr v. Stumm getan, möchte ich nicht für ganz sicher halten. Ich empfehle Ihnen nochmals die Annahme unseres Antrages.

Abg. v. Stumm erklärt, von einer Willkür nur bezüglich der Lage der Industrie gesprochen zu haben.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird § 105d in der Kommissionsfassung unter Ablehnung der beiden Amendements angenommen.

Nach § 105e können durch die höheren Verwaltungsbehörden Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagruhe zugelassen werden für Gewerbe, bei den vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, sowie für Betriebe, welche ausschließlich mit durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft bewegten Erbsen arbeiten. Nach dem Zusatz der Kommission soll für Anträge bezüglich der letztgenannten Betriebe das Verwaltungs-Streitverfahren zulässig sein.

Abg. Möller befürwortet einen Kompromißantrag Gutfleisch und G. Noffen, wonach im Interesse der kleineren Papiermühlen auch diejenigen Betriebe unter die Bestimmungen des Paragraphen fallen sollen, welche nicht „ausschließlich“, sondern nur „vorwiegend“ mit unregelmäßiger Wasserkraft arbeiten.

Abg. Nat. Königs bittet im Interesse der Vermeidung überflüssigen Schreibwerks den von der Kommission beschlossenen Zusatz wieder zu streichen.

Abg. Hirsch (dfr.) nimmt Bezug auf eine Petition des Gewerbevereins deutscher Konditoren, um die Notwendigkeit nachzuweisen, daß auch den Angehörigen dieses Standes Rücksicht auf ihr Erholungsbedürfnis zu Teil wird.

Abg. Orterer hält den Antrag Möller nicht für geeignet, die kleinen Müller Bayerns in ihrem Konkurrenzkampf genügend zu schützen. Den Zusatz betreffend die Zulassung des Verwaltungs-Streitverfahrens erklärt Redner für überflüssig.

Abg. Bebel: Wenn die Regierung eine Vermeidung des Schreibwerks für ausschlaggebend gegen eine Bestimmung hält, so hoffe ich, daß sie vielen unserer Anträge aus demselben Grunde zustimmen wird. Bereits zwischen der ersten und zweiten Kommissionslesung des Entwurfs wurde ein Komitee eingesetzt, welches wesentliche Abschwächungen beschloß. Jetzt kommt man allgemein mit Anträgen wie den vorliegenden, die auch die Kommissionsvorlage noch abschwächen sollen. Es soll nicht g. nügen, Ausnahmen bei Betrieben mit Wind oder unregelmäßiger Wasserkraft zuzulassen, sondern schon bei solchen, die vorwiegend dabei arbeiten. Damit wird wieder eine Erweiterung in das System der Ausnahmen gebracht. Was heißt: vorwiegend? In einem windreichen Jahre kann dieses Wort zu Gunsten vieler Betriebe ausschlagen. Diejenigen Müller, die irgendwie Dampfanlagen besitzen, sollte man überhaupt nicht unter die Ausnahmen zulassen, sondern höchstens Müller an unbedeutenden Gewässern. Der Antragsteller geht aber viel zu weit. Je weiter wir in der Beratung der Sonntagruhe fortschreiten, desto weniger bleibt schließlich davon übrig. Unternehmer, Bundesrat und untere Verwaltungsbehörden erhalten die Befugnis, Ausnahmen von der Sonntagruhe zuzulassen. Hier aber kommen Betriebe in Frage, bei denen, wenn irgendwo, die Arbeiter eines kräftigen Schutzes bedürfen. Es ist mir g. stern keine Antwort gegeben worden, ob auch das Bäckergewerbe unter die Bestimmung des § 105b fällt. Aus dem Kommissionsbericht aber erhebe ich jetzt, daß es der Fall ist, während gerade die Bäckergehilfen mit Rücksicht auf ihre überlange Wochenarbeitszeit einen freien Sonntag bedürfen. Selbst Backmeister-Zunungen, die sich doch nicht gerade durch besondere Arbeiterfreundlichkeit auszeichnen, haben die Sonntagarbeit für entbehrlich erklärt. Auch die Barbiergehilfen gehören zu denjenigen, für die eine g. seltliche Sonntagruhe geschaffen werden muß. Das Urteil eines einzigen vernünftigen Mannes ist mir in diesen Fragen maßgebender, als dasjenige von Tausend, welche in ihrem Schlenker fortleben. Schließlich, wenn wir diesen Paragraphen über die Sonntagruhe fertig gemacht haben werden, wird nur für sehr wenige Gewerbe eine wirklich volle Sonntagruhe übrig bleiben. Wir haben ja keine Aussicht, mit weitergehenden Anträgen durchzubringen. Ich hoffe aber, daß sie selbst durch die Opposition aus den Kreisen der Beteiligten gezwungen werden, schließlich noch weitere Einschränkungen der Sonntagarbeit zu beschließen.

Abg. Gutfleisch: Gerade in der Absicht, die Gesetzgebung in Fluß zu erhalten und die Sonntagruhe immer allgemeiner zu machen, haben wir den Antrag gestellt, den Herr Bebel bekämpft. Wir meinen, er ist nötig im Interesse der beteiligten Gewerbebetreibenden. Der Zusatz wegen des Verfahrens ist notwendig zum Zweck der Garantie dagegen, daß die Handhabung der Ausnahmefugnis nicht patrimonial erfolge.

Die Abgg. Hartmann und Graf Arnim (Reichsp.) ersuchen um Annahme der Kommissionsbeschlüsse mit dem Antrag Gutfleisch.

Nachdem noch Abg. Möller sich kurz gegen den Abgeordneten Orterer gewendet, wird der Antrag Gutfleisch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Teils des Zentrums angenommen, und mit dieser Aenderung § 105e nach den Kommissionsbeschlüssen.

Um 5 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 1 Uhr.

also z. B. um Personen, die wegen geringer körperlicher Gebrechen, wegen mäßigen Schwachsinns oder wegen erlittener Strafen von Privat-Arbeitgebern nur ungern angenommen werden, sowie um solche, die, ohne arbeitscheu zu sein, doch nicht den nötigen Grad von Energie besitzen, um, wenn sie vom Schicksal einmal aus dem gewohnten Geleise gedrängt sind, sich aus eigener Kraft wieder zu einer neuen Existenz helfen zu können, andererseits um solche, bei denen zwar auch die Tatsache der Arbeitslosigkeit und daneben zuweilen auch diese oder jene der vorstehend aufgeführten gewöhnlichen Ursachen derselben vorliegt, zugleich aber der Verdacht, daß es auch an der gehörigen Arbeitslust fehlt. Der Wunsch, solchen Personen Arbeit darbieten zu können, machte sich noch insbesondere geltend wegen der vor einigen Jahren in erschreckender Weise sichtbar gewordenen Zunahme der Fälle, in denen die Armenpflege zum Eintreten für Familien wegen pflichtwidriger Vernachlässigung der Fürsorge seitens der Familienväter genötigt war. Das Ziel, solchen Personen jederzeit geeignete Arbeit anzuweisen, sucht die Armenverwaltung nun dadurch zu erreichen, daß sie sich von der Marktverwaltung einen von dieser zu säubernden Straßenbezirk als „Armen-Bezirk“ zuweisen ließ, in welchem sie die Straßenreinigung gegen denjenigen Betrag übernimmt, welchen die Marktverwaltung sonst für diesen Bezirk aufwendete. In die Mannschaft zur Reinigung dieses Bezirks, dessen Oberaufsicht in den Händen des Bezirks-Armen-Direktors und Marktdeputierten Stadtverordneten Bogt liegt, wurden die oben erwähnten Gruppen von Personen eingestellt. Zur Ausfüllung etwaiger Lücken wurden Armenhäuserler herangezogen. Die Einrichtung bewährte sich in jeder Hinsicht. Unverbesserlich arbeitscheue Elemente wurden alsbald als solche erkannt; sie traten teils die Arbeit gar nicht an, teils legten sie dieselbe bald wieder nieder; denselben wurde je nach Lage des Falles nur die fernere Unterstützung entzogen, oder es wurden gegen sie auch Strafmaßnahmen getroffen, welche zwar, namentlich Anfangs, nicht immer den beabsichtigten Erfolg hatten, später jedoch, nachdem die Bedeutung und der Zweck der neuen Einrichtung den zuständigen Behörden wiederholt eingehend dargelegt worden, wiederholt zu Verurteilungen führten. Uebrigens hatte schon die Androhung der Einstellung in die Rehrkolonne den Erfolg, daß die Betreffenden sich ernstlich um andere Arbeit bemühten und die Fürsorge für ihre Familie wieder übernahmen. Ein sehr großer Teil der Eingestellten richtete sich nach kürzerer oder längerer Zeit zur Zufriedenheit ein. Mehrere übernahmen für den gewährten Lohn die Fürsorge für ihre Familien wieder unmittelbar. Andere (Witwen, Separatisten) erstatteten aus demselben das von der Armen-Direktion fortgesetzt für die Familie Gewährte ganz oder teilweise; in einigen Fällen, wo z. B. besondere Neigung zum Trunk vorhanden war, erfolgte die Zahlung eines entsprechenden Teiles des Lohnes direkt an die Ehefrau. Es kamen erfreulicher Weise selbst Fälle vor, daß Männer die seit vielen Jahren absolut nichts mehr für die Ihrigen getan und sich ohne jegliche ernste Arbeit herumgetrieben hatten, in der Rehrkolonne wacker aushielten und wieder zu ordentlichen Menschen wurden. Diejenigen Arbeiter, die sich andauernd gut bewährten, wurden (soweit sie nicht als Vorarbeiter gebraucht und hierfür durch Lohnzulagen entschädigt wurden) der Marktverwaltung zur Übernahme als freie Arbeiter in deren unmittelbares Ressort empfohlen und auch nach und nach dorthin übernommen. Da die Marktverwaltung mit der Arbeit der Armen-Rehrkolonne ebenfalls zufrieden war, wurde eine Vergrößerung des Rehrbezirks bereits am 9. April 1887 vorgenommen, wodurch eine vermehrte Einstellung von Armen-Arbeitern ermöglicht wurde. Seither ist die Sache noch weiter ausgestaltet worden.

— Wie wir der im jüngsten Dezemberheft der „Monatsberichte des statistischen Amtes der Stadt Breslau“ veröffentlichten vorläufigen Hauptübersicht über die Eheschließungen, Geborenen und Gestorbenen unserer Stadt im Jahre 1890 entnehmen, wurden, bei einer mittleren Bevölkerung von 331 400 Einwohnern, 3146 Ehen geschlossen. Die Zahl der lebend Geborenen betrug 11 807 (davon 1915 unehelich) die der tot Geborenen 430 (davon unehelich 82). Die Gesamtsumme der Gestorbenen (excl. der Totgeborenen) weist einen Betrag von 9240 auf; davon hatten 227 ein Alter von über 80 Jahren erreicht. Was die Todesursachen anlangt, forderte u. A. Scharlach 184 Opfer, Diphtheritis 323, Typhus 49, Lungentzündung 6 8, Lungenschwindsucht 896. Durch Selbstmord gingen 127, an Verunglückungen 118 Personen zu Grunde. Interessant sind auch die Verhältniszahlen über den Bevölkerungswechsel unserer Stadt in den Jahren 1875 bis 1890. Die Zahl der Eheschließungen betrug im Jahre 1875 auf 10 000 der mittleren Bevölkerung 124, im Jahre

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Februar 1891.

Breslauer städtische Angelegenheiten. Die Breslauer Armen-Verwaltung hat in neuerer Zeit die Bekämpfung der Armut und der Verarmung durch Darbietung von Arbeitsgelegenheit in die Hand genommen. Es handelt sich hierbei, wie einem der Stadtverordneten-Versammlung zugegangenen Berichte der Armen-Direktion über den Armen-Rehrbezirk zu entnehmen ist, vornehmlich um zwei Gruppen von Fürsorge-Bedürftigen, nämlich einerseits um Personen, die, ohne arbeitsunfähig zu sein, doch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte nicht hinreichend konkurrenzfähig sind,

1890 dagegen nur 95. Bis zum Jahre 1880, das mit einer Verhältniszahl von 98 die niedrige Ziffer zu verzeichnen hat, zeigte sich ein konstantes Sinken der Zahlen, von da an wieder ein leichtes, durch wiederholte Rückgänge unterbrochenes Ansteigen, das den höchsten Stand 1889 mit 97 erreicht. Jedenfalls aber zeigt sich, daß im Vergleich zur Mitte der 70er Jahre die Neigung zur Begründung einer Familie nicht unerheblich abgenommen hat. An Geburten hatte das Jahr 1875 auf 10 000 Einwohner 411 zu verzeichnen, das Jahr 1890 nur 356. Die Verhältniszahl der Gestorbenen ist von 311 auf 279 gefallen und erreicht damit ihren niedrigsten Stand. Die Verhältniszahl des Uberschusses der Geborenen über die Gestorbenen betrug 1875 99, 1890 nur 77; am höchsten war sie 1877 mit 115, am niedrigsten 1884 mit 38; wir sehen also, daß hier sehr beträchtliche Schwankungen stattfinden. — Die städtische Sparkasse wies Ende Dezember einen Bestand von 91 908 Büchern mit einem Beitrage von 27 891 643 Mark. Das städtische Leihamt hatte 11 311 Pfänder und ein Pfandkapital von 258 564 M. zu verzeichnen. Der Wasserverbrauch betrug im Dezember 721 399 Kubikmeter, der Gasverbrauch 1847 800 Kubikmeter.

Der Ausschuss für die Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Anstalt für die Provinz Schlesien hielt heute Vormittag 11 Uhr im Beratungslokal des Provinzial-Landtagsgebäudes eine Sitzung ab. In derselben wurde u. A. beschlossen, es sollen zu dem bereits angekauften Bauland an der Charlotten- und Kronprinzenstraße zur Herstellung eines Amtsgebäudes noch zwei anstoßende Grundstücke zum Höchstbetrage von 50 000 Mark angekauft und der Vorstand zur Bauausführung nach einer vorliegenden Skizze ermächtigt werden. Die Bauausführung ist vorläufig auf 600 000 Mark veranschlagt.

Breslauer Konsum-Verein. Die von den Lagerhaltern über Marken-Erlieferung erteilten Interimskontrollungen können in den betreffenden Lägern gegen die Quittung des mit der Beaufichtigung des Lagers betrauten Verwaltungsratsmitgliedes umgetauscht werden. Die Auszahlung der Dividende erfolgt nach erteilter Decharge vom 23. d. M. ab. Diejenigen Vereinsmitglieder, welche innerhalb der nächsten 3 Monate nach der Generalversammlung baare Zahlung aus ihrem Guthaben nicht verlangen, können ihre Kontobücher mit der betreffenden Gegenmarken-Quittung behufs Eintragung der Dividende den Lagerhaltern des Vereins gegen Empfangsbekundigung zur Übermittlung an die Kassenverwaltung übergeben, jedoch nur während der Monate April und Mai des laufenden Jahres.

Gewerbe-Verein. Im Saale des Hotels „König von Ungarn“ fand Dienstag Abend eine allgemeine Versammlung statt. In Abwesenheit des Vorstandes, Direktor Fiedler, welcher nach Berlin berufen ist, eröffnete Gewerbe-Rat Frief die Versammlung. Dann hielt Tapezier-Obermeister Kabiersche einen Vortrag über „Teppiche, ihre Anfertigung und Verwendung“, wobei er eine Auswahl echter und imitierter Teppiche vorzeigte. Fabrikbesitzer Kimbel verbreitete sich dann über die Geschichte der Teppich- und Gobelin-, den Wert der alten echten Teppiche aus dem Morgenlande und die Teppichomanie. Dann sprach der Vorsitzende Herr Kabiersche den Dank für den Vortrag aus. Es war eine kleine Sammlung von Gegenständen aus Aluminium und Aluminiumbronze ausgestellt, worüber nunmehr Herr Frief eingehend berichtete. Er wies auf die Eigenschaften dieses Metalls hin, welches nur geringes Gewicht hat und andere Metalle durch Beimischung leichter schmelzbar und spröder macht, ihnen auch einen schönen Glanz verleiht. Besonders eignet es sich für chirurgische Instrumente, weil es nicht oxydiert und nicht leicht von Säuren angegriffen wird. Es läßt sich aber auch für Gewehre verwenden; die neuen Militär-Feuerlöschmaschinen sollen aus Aluminium hergestellt werden. Da sein Preis bedeutend gesunken, wird es wol bald auch zu Gebrauchs-, Schließ- und Luxusgegenständen verwendet werden. Sodann sprach Sattlermeister Pracht über „gegrübte und ungegrübte ausläßliche Helle“, wobei er verschiedenartig bearbeitete Schaffelle, darunter ein gepaltenes Fell, Kalbleder, bearbeitete Häute von Alligatoren, Schlangen, Störchen, Meerkatzen, Chamäleons, Hasen und Affen, wie auch fertige Galanteriewaaren aus denselben der Versammlung vorzeigte. Kaufmann Standfuß zeigte noch zwei Werkzeugstücke für Laubbearbeitung und Klein-eisenarbeit vor.

Neue Breslauer Schlachthof. In der letzten Versammlung des Breslauer Architekten- und Ingenieur-Vereins machte Stadtbaurat Blüddemann einige Mitteilungen über den Entwurf zu dem neuen Breslauer Schlachthofe. Die leidige Pflicht, so führte er aus, beunruhigt seit nunmehr fast zehn Jahren die Be-

wohnerschaft von Breslau. In der Tat sei es schwer, einen Platz zu finden, der den mannigfachen Anforderungen, die sowohl an den Viehmarkt wie an den Schlachthof gestellt werden müßten, genüge. Unter diesen Anforderungen seien folgende die wichtigsten: gute Verbindung mit der Eisenbahn; eine Lage des Platzes nicht zu nahe der Stadt, damit nicht später eine Umbauung stattfinden, und nicht zu fern von ihr, damit die Verbindung nicht erschwert werde; eine Größe des Platzes, die später auch eine bedeutende Erweiterung der Anlagen zulasse; freie Lage, Luft und Licht, und keine Nachbarschaft störender Fabriken; sichere Abführung der Verbrauchswässer des Schlachthofes. Der Subener Platz lasse besonders eine leichte Entwässerung vermissen. Dagegen könne die örtliche Lage der Zankholzwiese als angemessen bezeichnet werden. Besonders günstig sei ihre Lage am Unterwasser und unmittelbar am Ufer der Kanalisation. Der Eisenbahnanschluß an die Station „Pöpelwitzer Weiche“ lasse sich, wenn auch mit verhältnismäßig hohen Kosten, ausreichend gestalten. Die Größe des Platzes gestalte eine Erweiterung der auf ihm herzustellenden Anlagen bis auf das Doppelte des heutigen Bedarfs. Nicht ohne Bedenken sei die Nachbarschaft der Schießstände. Allein sollte der Platz in ihrer Nähe ein für allemal unverwertbar sein, dann würde dies eine Unterbindung der natürlichen Ausdehnung der Stadt an jenem Punkte bedeuten. Käme je ein von den Schießständen her verursachter Unfall vor, so würde dies wol der Anlaß zur Verlegung der Schießstände, nicht aber des Schlachthofes sein. Der Platz könne nach alledem als im großen und ganzen wol geeignet für die Schlachthofanlage gelten, und der Bau auf ihm würde nach einem schon früher aufgestellten Entwürfe wahrscheinlich längst begonnen worden sein, wenn nicht die Militärbehörde wegen der Nähe der Schießstände damals Einspruch erhoben hätte und in Folge dessen dem ersten Gesuche die landespolizeiliche Genehmigung verweigert worden wäre. Jetzt, nachdem das Subener Projekt aufgegeben, solle von neuem die landespolizeiliche Genehmigung für die Anlage auf der Zankholzwiese nachgesucht werden. Man hoffe für dieses Gesuch jetzt auf einen besseren Erfolg.

— **Kalulativer Unterricht im Feuerwehrdienst und im Samariterwesen an der hiesigen Baugewerkschule.** Schon seit mehreren Jahren wird den Schülern der hiesigen Baugewerkschule durch den Brand-Direktor Herzog Unterricht im Feuerwehrdienst erteilt. In diesem Winter nehmen an diesem Unterricht ungefähr 50 Schüler teil, die vorzugsweise den beiden unteren Klassen angehören. Die Schüler der beiden oberen Klassen werden wegen der Nähe des Abiturienten-Examens zu diesem Unterrichte weniger herangezogen. Die Mittel zur Deckung der Kosten sind von den beiden Provinzial-Feuer-Sozialitäten freundlich bewilligt worden, der Nutzen dieses Unterrichts macht sich schon jetzt in der Provinz sichtbar. Die Baugewerkschüler, welche später den Stand der Maurer- und Zimmermeister bilden, erlangen durch den Unterricht im Feuerwehrdienst die Befähigung, in kleinen und mittleren Orten als Leiter der „Freiwilligen Feuerwehren“ aufzutreten. — Ein anderer Unterrichtszweig ist in diesem Winter auf Anordnung des Ministeriums für Handel und Gewerbe ein gerichtet worden. Es ist dies die Unterweisung in Samariterdienst. Nachdem von der Samariterschule in Kiel, die von Geh. Rat Professor Dr. Esmarck gegründet worden, die nötigen Lehrmittel bezogen worden waren, nahm der Unterricht, mit welchem der praktische Arzt Dr. Bönninghaus betraut wurde, seinen Anfang. Der Vorstand und die Oberin des Kaiserin Augusta-Hospitals hatten die Freundschaft, für diesen Unterricht die nötigen Lehrräume in genanntem Hospital zu gewähren. An dem Unterricht, welcher in drei Kurien erteilt wurde (der letzte Kursus wird Mitte März beendet werden) nahmen die Schüler der zweiten Klasse der Baugewerkschule teil. Jeder Kursus umfaßt 12 Stunden. Der Unterricht erstreckt sich auf eine Unterweisung über die erste Hilfe und Pflege, welche bei plötzlichen Erkrankungen und Unglücksfällen bis zur Ankunft des Arztes zu gewähren sei, ferner auf den Gebrauch der Samariter-Apothek, die Anlegung von Notverbanden und den Transport der Kranken.

— **Von der städtischen Sparkasse.** Die Einzahlungen beliefen sich im Laufe des Monats Januar bei 9 283 vorhandenen und 1 984 neuen Büchern auf 801 482,72 M., die Auszahlungen erreichten die Höhe von 581 167,54 M., welche Summe sich aus den teilweisen Auszahlungen auf 5 722 Büchern und aus völligen Auszahlungen von 1 321 Büchern zusammensetzt, so daß Ende des Monats Januar ein Bestand von 9 2571 Büchern mit 28 111 956 99 M. Einzahlungen verblieb. Von der Sparkasse wurden ferner an die Verkaufsstellen 1 472 Stück Spartarten und 13 190 Spartarten im Werte von 1 466 M. 20 Pf. abgegeben und von den Sparern 1 652 Spartarten im Werte von 1 652 M. abgeliefert.

Der Spätwinter. Während in den letzten Jahren der Februar in seiner zweiten Hälfte im ersten Reimen und Erblühen vorzeitiger Florakinder schon Frühlingsahnung weckte, zeitigt er gegenwärtig nur kaum wahrnehmbare Spuren des herannahenden Vorfrühlings. Weder die Schneeglöckchen, noch die Schneerose wagen sich aus dem Blütenfisch hervor. Die Helleboruspflanzen am südlichen Abhang an der Liebigshöhe zeigen zwar grüne Blätter, doch ist noch kein Anfaß von Blütenknospen sichtbar. Auf den Rasenplätzen, auf denen hier und dort schneefreie Flächen sichtbar werden, erblickt man frischen, grünen Rasen, welcher unter dem Schutze der Schneedecke bescheiden getrieben hat. Nach der Südsseite freistehende Bäume und Sträucher, wie Blieder, Stachelbeerstrauch, Krokustanien, zeigen schon Saftbewegungen und langsames Knospenquellen. Unsere Wintergäste, die Meisen, haben ihren Aufenthalt auf den Promenaden und in den Gärten noch nicht aufgegeben.

Von der Schottwitzer Zuderfabrik. Die Westseite des von dem Einsturz unberührt gebliebenen Teils des Lagerraums des Fabrikgebäudes ist durch Verschaltung der Schmalwand und durch Anbringung von Stützen provisorisch wieder verwendbar gemacht worden. Der Betrieb der Fabrik ist im Gange. Bei dem Wiederaufbau des eingestürzten Teils wird der bauliche Zustand der stehen gebliebenen Teile einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, damit eine fernere Gefahr dauernd abgewendet werden kann.

Verlegung der Militärschießstände. Die seit Jahren aus verschiedenen Ursachen erwünschte Verlegung der Militärschießstände von der Viehweide soll nunmehr, wie verlautet, in ernste Erwägung gezogen worden sein. Für die Neuanlegung der Schießstände soll gegenwärtig ein geeignetes Terrain im Osten von Breslau, zwischen Hundsfeld und Groß-Weigelsdorf in Aussicht genommen sein.

Sachschädigung. An der Wohnung eines Arztes an der Enderstraße sind in letzter Zeit zwei Mal hinter einander die Dächte zur Nachtschloße zerschnitten worden.

Zur Warnung. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Personen, besonders Kinder, in der Nähe der Holteihöhe und des Gymnasiums zum heiligen Geist die Eisdecke der Oder an verbotenen, gefährlichen Stellen überschritten haben. Die zuständigen Behörden sind zu strengem Einschreiten in solchen Fällen angewiesen, und besonders Eltern und Vormünder werden hierauf aufmerksam gemacht, da sie vorkommenden Falls rücksichtslos zur Bestrafung herangezogen werden.

Vermißt. Der Schreibeleve Lothar Heilborn hat sich seit dem 16. d. M. aus seiner Wohnung, Sadowastraße 59, entfernt, ohne daß bis jetzt irgend etwas über seinen Verbleib ermittelt werden konnte. Der Vermißte, der schwachmüdig ist, hat an seine Angehörigen in Dels und Groß-Wartenberg geschrieben, doch war der Inhalt seiner Briefe unverständlich. Man nimmt an, daß sich Heilborn zwecklos umhertreibt. Er ist 17 Jahre alt, schlank, schwächlich, trug dunkeln Ueberzieher, blaues Tuchjaquet, dunkle Beinkleider und schwarzen Hut. — Gleichfalls vermißt wird seit dem 11. d. M. der Hausierer Friedrich Vogt, welcher an genanntem Tage nach Kreuzburg in Oberschlesien abgereist ist. Da er sonst seiner Familie auf der Scheitnigerstraße alle drei bis vier Tage schrieb, diesmal aber seit seiner Abreise nichts von sich hören ließ, wird ein Unglück befürchtet. Der Genannte ist 44 Jahre alt, groß, hat graumelirtes Vollbart, trug dunklen Ueberzieher, schwarze Beinkleider und eine silberne Spindeluhre.

Diebstähle. Am 15. d. Mts. wurde die verschlossene Wohnung eines auf der Mauritiusstraße wohnenden Kohlenhändlers gewaltfam erbrochen und aus einer unverschlossenen Kommode ein Paar goldene Trauringe, gezeichnet A. M. und G. M. 10. Oktober 1877, eine Paar goldene Korbohringe und eine mit Korallen besetzte Brosche gestohlen. Der Gesamtwert beziffert sich auf 44 Mk. — Einem auf der Großen Fürstenstraße wohnenden Bündler wurden aus seiner verschlossenen Wohnung 100 Mark Geld (80 Mk. in Gold und 20 Mk. in Silber), welche in einer Zigarrenkiste lagen, entwendet. — Bei einem auf der Hummerlei wohnenden Schlossermeister wurde in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. ein schwerer Diebstahl verübt, und zwar war es eine eiserne Nichtplatte im Gewicht von 200 Kilo, welche sich die Diebe angeeignet hatten. Die Platte hat einen Wert von 30 Mk. — In dem oberirdischen Bahnhof hier eintraf, befand sich ein Waggon, der mit Säcken von Korken beladen war. Bald

nachdem der Zug hier eingefahren war, wurde bemerkt, daß 3 Rollen verschwunden war. Jedenfalls sind diese gestohlen worden. — Am 17. d. Mts. abends hielt ein Gärtner aus Bopelwitz mit seinem mit einem Pferde bespannten Wagen auf der Schweizerstraße vor einem Grundstück an, da er sich etwas kaufen mußte, und vertraute während seiner Abwesenheit die Aufsicht über das Fuhrwerk einem Zimmermann an. Kaum hatte sich der Gärtner entfernt, als ein Felsenhauser namens Wilhelm Hantke den Zimmermann beiseite stieß, auf den Wagen sprang und im Galopp nach der Stadt fuhr. Heute früh gab Hantke bei seiner Vernehmung an, er hätte das Gefährt wieder dem Besitzer zugesellt; ob seine Aussage richtig ist, ist noch nicht ermittelt.

Verhaftet wurde hier am 18. d. M. ein Reisender der Papierbranche, welcher seinem Prinzipal in Striegau mit einkassierten Geldern durchgegangen war. Der Ausreißer war eben in Breslau angekommen, und zwar war er, um die Behörden über die von ihm eingeschlagene Richtung zu täuschen, über Liegnitz gefahren.

Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: Eine goldene Damenuhr mit Kette; vier Portemonnaies; eine Cylinderuhr; 3 Etöcke; 1 Pinzette; 1 Armband; ein schwarzes Spitzentuch; 1 brauner Hut; eine schwarze Schürze; 12 in Stroh verpackte Lampencylinder; ein Zehnmarkstück; ein Duitungsbuch; ein evang. Gesangbuch. — Abhanden gekommen: Einer Arbeiterfrau auf der Friedrichstraße eine dunkle Stoffweste; einem Musiker auf der Friedrichstraße eine Trommel im Werte von 25 Mark; einem Herrn auf der Schulbrücke ein goldener Trauring, gezeichnet A. F. 3. 6. 67; einem Fräulein an dem Ohlauerstadtgraben eine goldene Damen-Memotouiruhr. — Gestohlen: Einem Schlosser auf der Hummerlei eine eiserne Nischplatte von 200 Kg. Gewicht; einem Bäcker auf der großen Fürstenstraße aus seiner verschlossenen Wohnung ein Paar goldene Ohrringe mit den Buchstaben A. M. und G. M. 10. 10. 77, zwei andere Ohrringe und eine Korallenbroche, Gesamtwert 44 Mark; einem Bäckerlehrling auf der Louisenstraße eine grau karrirte Stoffhose und ein Paar Ledergamaschen. — Mit dem von Hochbern früh hier eintreffenden Zuge Nr. 2233 waren am 14. d. M. eine Anzahl Ballen mit Kork auf dem hiesigen Oberschlesischen Bahnhof angekommen und bald darauf wurde das Fehlen von drei derselben im Gesamtgewicht von 20 Kilo entdeckt.

Breslauer Marktpreise vom 10. Februar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	19.60	19.40	19.00	18.50	18.00	17.70
Weizen, gelber	19.50	19.30	19.00	18.50	18.00	17.50
Roggen	17.60	17.30	17.10	16.90	16.40	16.30
Gerste	16.40	16.30	14.70	14.20	13.00	12.60
Hirse	18.40	18.20	13.00	12.80	12.60	12.40
Erbsen	16.80	16.30	15.80	15.30	14.30	13.80
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter	0.08—0.09—0.10 Wf.					
	Heu 2.0—2.40 Wf. pro 50 Kilogramm.					
	Strohhalm 22.00—24.00 Wf. pro 600 Kilogramm.					

Schlesien.

Verzeichnis sämtlicher Ortsschaften der Provinz Schlesien. Zu dem im Jahre 1888 von der Kaiserl. Ober-Postdirektion in Breslau herausgegebenen Verzeichnis sämtlicher Ortsschaften der Provinz Schlesien ist der IX. Nachtrag erschienen und durch die Amtsblätter Nr. 6 für 1891 der königl. Regierung in Breslau, Nr. 1 für 1891 der königl. Regierung in Liegnitz und Nr. 51 für 1890 der königl. Regierung in Oppeln veröffentlicht worden. Die Berichtigung der in den Händen des Publikums befindlichen Exemplare des Ortsschaftsverzeichnisses kann zweckmäßig und leicht auf Grund des in den genannten Amtsblättern erschienenen Nachtrages bewirkt werden.

Eine Lohnerhöhung von 25 Prozent verlangen die Zimmergesellen in Hayrau in der bevorstehenden Bauperiode. Wie wir erfahren, sind die Meister unter keinen Umständen gewillt, diese Wünsche zu befriedigen und geben für diesen Sommer nur wenige Bauten zu übernehmen, um bei etwaigen Arbeitseinstellungen nicht konstitutiv zu werden zu müssen.

Neustadt O.S. In wie weit wir zur Förderung unserer Arbeiterinteressen ungestört zu wirken noch in Lage sind, darüber nachzudenken haben wir die beste Gelegenheit. Indem wir noch vor einigen Wochen uns der unvorsichtigen Versicherung des Brauereibesizers Herrn L. Pulver erfreuen durften, daß er uns jederzeit seinen Saal für Versammlungen zur Verfügung stellen wollte, mußten wir sehr bald empfinden, daß wir uns in unseren Hoffnungen ge-

täuscht hatten; denn ganz unerwartet wurde uns seitens des Lokalbesizers unter verschiedenen Ursachen erklärt. Wir fanden sehr schnell Gelegenheit bei einem anderen Lokalbesizer anzufragen; dessen Lokal uns bereitwillig zur Verfügung gestellt wurde. Wenn auch dasselbe zu öffentlichen Versammlungen nicht geräumig genug war, so war es zur Abhaltung von Mitglieder-Versammlungen ganz gut geeignet, doch auch hier mußten wir sehr bald empfinden, daß hier un'er bleiben keine Dauer hatte. Daß auf Lokalwirte teils behördlicherseits und teils von unseren Gegnern eingewirkt worden ist, können wir daraus entnehmen, was uns ein anderer Wirt, bei welchen wir jüngst anfragten, ob wir sein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen erhalten könnten, erklärt hat.

Er hätte nämlich vor Kurzem vom Magistrat einen Bescheid erhalten, in welchem bemerkt war, daß sein Lokal nicht als Saal, sondern nur als Gaststube zu betrachten sei; er dürfe deshalb in demselben keine Versammlungen abhalten lassen; würde er trotzdem es zu Versammlungen hergeben, so müsse das Lokal geschlossen und der Besizer desselben zu den hierzu erforderlichen baulichen Veränderungen herangezogen werden.

Genossen! Hier sehen wir ausdrücklich, wie man bemerkt ist, unsere Organisation zu vernichten, wir sehen ganz gewiß, daß man der Arbeiterorganisation eine Machtstellung zumutet, welche unsere Gegner einst zu überwinden nicht mehr in der Lage sein werden. Halten wir darum fest und treu zusammen, denn mit der Zeit werden hoffentlich Mittel und Wege gefunden werden, auf welche Weise wir uns wieder zu versammeln Gelegenheit haben.

Genossen! Tretet deshalb alle für die Organisation ein und macht unseren Gegnern nicht die Freude, daß unser Werk zu Schanden werde. Um diese Organisation aufrecht zu erhalten, bedarf es vor allen Dingen, daß die Beiträge von den Mitgliedern gezahlt werden; dieselben können an unseren Kassirer, Genossen Josef Rother, bis auf weiteres in dessen Wohnung abgeliefert werden.

Peitzwitz. Die Nummer 28 der „Leobschüger Zeitung“ brachte einen Artikel: Der Kreis Leobschütz und die Sozialdemokratie: dessen Schreibeise von einem Menschen stammt, der wenig Einsicht in das heutige Volksleben hat. Er hat die Ansicht, daß das soziale Elend, wenn es überhaupt existiert, nicht so schwarz ist, wie es dem Volke vorgemalt wird; er muß an einem ungeheuren Grad von Kurzsichtigkeit leiden, wenn er die heutige schlechte Lage, in der sich die Arbeiter des Leobschüger Kreises befinden, für eine bloß von sozialistischen Agitatoren aus der Luft gegriffene, erachtet. Es wäre sehr wünschenswert, wenn der betreffende Herr seine Rolle aus dem theoretischen, in den praktischen Standpunkt überführen möchte, vielleicht findet er dann das Vergnügen, lieber Arbeiter zu sein, als eine Person, die vielleicht bloß auf Kosten der Arbeiter vegetiert. Ferner führte er an, daß im Leobschüger Kreise kein Boden sei für die Sozialdemokratie, trotz der ungeheuren Agitation, die bei der letzten Reichstagswahl entfaltet wurde. Das Stimmenzusammentrommeln hat die Sozialdemokratie in unserem Kreise nicht mit solchem Eifer betrieben, wie die Hurrahpartei, die bei der letzten Reichstagswahl mit sammt ihrem großen Otto den Boden unter den Füßen verloren hat. Ich frage den Schreiber des in der „Leobschüger Zeitung“ veröffentlichten Artikels, in welcher Form die Sozialdemokraten die Agitation entfaltet haben? Ueberall wurden die Lokale zu Versammlungen verweigert, von den Kanzeln Donnerzettel und schimpften die Pfaffen auf unsere Partei, daß wer für die Sozialdemokraten stimmt, Tron und Altar in Gefahr verlegt. Und trotz aller Hebel, die unsere Gegner in Bewegung setzten, konnten wir stolz sein auf den Erfolg, den wir durch die kurze Zeit erzielt haben.

Schließlich ist noch zu bemerken, daß der ganze erwähnte Artikel nur geeignet ist, einer Zeitung, die an Abonnentenschwund leidet, die Dummen wieder in die gestellte Falle zu locken.

z. Freiburg Die Zahl der unglücklichen Opfer der heutigen Wirtschaftspolitik steigt sich in dem Maße, daß die Kommunen immer größere Summen aufwenden müssen, um dem Elend wenigstens in etwas zu steuern. Wie ungenügend jedoch diese Hilfe in allen Fällen ist, weiß der am besten, der gezwungen ist, davon Gebrauch zu machen. Vor einigen Tagen hat der hiesige Magistrat nach den Berichten der gegnerischen Zeitungen 40 der ärmsten Schulkinder mit gutem, festen Schuhwerk versehen. Also nur der ärmsten, das glauben wir gern und doch wird die Zahl derer, welche ebenso dringend wie die 40 der schützenden Hülle bedürfen, vielmal größer sein. Wenn das geschenkte Schuhwerk von so vorzüglicher Güte ist, werden sich die armen Kinder um so mehr freuen. Wir möchten

aber doch dem Herrn Berichterstatter raten, nach vierzehn Tagen einmal Erkundigungen darüber einzuziehen und das Ergebnis zu veröffentlichen. Die Kinder haben zweifelsohne zum größten Teil noch Eltern, denen die Pflicht obliegt, für ihre Familien zu sorgen. Woran liegt es, Männer der Arbeit, daß eure Kinder auf öffentliche Wohlthätigkeit angewiesen sind, was gleichzeitig den Verlust eures wichtigsten politischen Rechts bedeutet? Bettelbrot, Schandbrot sagt Luther, aber nicht für euch! Ihr habt zweifellos mit aller Anstrengung gekämpft, durch eigene Kraft euren Pflichten nachzukommen. Wenn es trotzdem nicht möglich war, die Not von eurer Tür fernzuhalten, dann fällt die Schuld auf diejenigen, welche sich einer vernünftigen Ausgleichung der erzeugten Güter widersetzen und sich den Ertrag der Arbeit anderer aneignen. —

Bereins- und Versammlungs-Anzeigen.

Blumenau. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, in Kaptein's Café Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Rechnungsablegung pro 3. Quartal; 2. Vorlesung; 3. Beschiedenes. Entschreiben neuer Mitglieder und Entgegennahme neuer Beiträge. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder sehr erwünscht. Der Vorstand.

Striegau. Sonntag, den 22. Februar Nachmittags 3 Uhr, Versammlung des Arbeitervereins im Gasthaus „Zur grünen Eiche.“ Tagesordnung: 1. Vorlesung über Lohnarbeit und Kapital; 2. Verschiedene Vereins-Angelegenheiten; 3. Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder findet vor und nach der Versammlung statt. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 17. Februar. Geburten. III. Arbeiter Karl Brandel, ev., S. — Arbeiter Paul Rusche, ev., S. — Glararbeiter August Krause, kath., L. — Schuhmachermeister Ernst Kiorn, ev., L. — Sigarenarbeiter Robert Szemba, evangel., S. — Gymnasial-Vorleserlehre Albert Dvitz, ev., L. — Bankbeamter Rudolf Herrmann, ev., L. — Arbeiter Guido Köpfer, kath., L.

Vom 18. Februar. Heirats-Ankündigungen. I. Buchhalter Franz Gatzsch, ev., Gartenstraße 20, und Elisabeth Steller, evangel., Friedrichs-Str. 22. — II. Kaufmann Nathan Fischel, mos., Hirschberg, und Jenny Tischler, mos., Neue Graupenstraße 17.

Eheschließungen. I. Schmied Georg Kießling, ev., mit Clara Menzel, ev., hier. — Klempnermeister Hermann Krieger, ev., mit Rosina Fassung, evangel., hier. — Tischler Constantin Brauner, kath., mit Maria Gummann, kath., hier. — II. Klempner Josef Lieb, kath., mit Anna Fischer, kath., hier. — Gasfüller Hugo Dohmel, ev., mit Rosalie Madoczel, g.b. Franz, ev., hier. — Gasarbeiter Paul Kramer, ev., mit Paul. Bruffote, ev., hier. — Kürner Oscar Kalbas, ev., mit Beate Danisch, ev., hier. — Rautscher Gottlieb Stadel, ev., mit Paul. Kuhnert, evangel., hier. — III. Kaufmann Moriz Dorn, ev., mit Emma Hudach, ev., hier. — Schiffseigenenümer Gottlieb Noack, ev., auf seinem Kahn in der Oder bei Briesg, mit Emma Maurer, ev., hier.

Geburten. I. Handelsmann Ernst Menzel, ev., L. — Schlosser Anton Sander, kathol., L. — Arbeiter Wilhelm Vogt, ev., L. — Kaufmann Gothard Bökel, evangel., L. — Eisenbahnarbeiter Paul Keller, evang., S. — Hausbälter Anton Scholz, kath., L. — Schneidermeister Paul Bell, kath., L. — II. Arbeiter Carl Böhm, kathol., S. — Verkäufer Marcus Gadiel, jüd., L. — Fleischer Josef Kasner, kath., L. — Schuhmacher August Weber, ev., S. — Zimmermann Franz Köhler, kath., L. — Kaufmann Jiaat Grünthal, jüd., S. — Tischler Eugen Bensch, kath., L. — Steinbrucker Verthold Sander, ev., L. — Bahnarbeiter Ernst Wulke, kath., L. — Müller Johannes Kallner, ev., L. — Stellmacher Paul Reinhold, kath., L. — Fleischermeister Carl Lauke, ev., L. — III. Bäckermeister Heiman. Kose, kath., L. — Bäckermeister Hugo Opitz, kath., S. — Rautscher Gottlieb Liebshwager, ev., S. — Arbeiter Reinhold Rodzka, ev., S. — Lithograph Gustav Meyer, ev., L. — Drucksetzer Wilhelm Gint, ev., S. — Gutmacher Paul Rafowski, ev., S.

Todesfälle. I. Hildegard, L. des Aufsebers Johann Schmid, 5 M. — Frau Haushälter Susanna Rindout, g.b. Rantaer, 74 J. — Gutmacher Carl Neugebauer, 74 J. — Carl, S. des Arbeiters Johann Weiß 1 J. — Fritz, S. des Gamaschenstoppers Paul Strayner, 9 M. — Augustin Ludwig König, 87 J. — Leubühner Otto Köster, 17 J. — Chem. Kaufmann Julius Köhler, 63 J. — Dienermann Conrad Strauch, 40 J. — Kaufmann Richard Weir, 28 J. — Frau Rentier Emma Stube, geb. Permann, 65 J. — Schmied Anton Schön, 79 J. — Maria, L. des Hilfsarbeiters Alois Pörlitzina, 11 Monat. — Rent. Landwirts Robert Lub, 78 J. — Anna Fickner (ohne Beruf), 20 J. — Schuhmachermeister Ernst Baumgart, 42 J. — II. Paul, S. des Arbeiters Carl Böhm, 5 Tage. — Emma, L. des Arbeiters Heinrich Schöfely, 5 J. — Arbeiterwitwe Rosina Wende, geb. Müller, 68 J. — Maria, L. des Klempners Heinrich Schmale 4 M. — Hedwig, L. des Arbeiters Paul Burg, 6 J. — Waisenanstalt-Besitzerin Frau Anna Friedrich, geb. Döcker, 22 J. — III. Josefine, L. des Tischlers Robert Gieseler, 2 J. — Vertha, L. des Haushälters Ernst Peim, 3 M. — Bw. Buchhalter Marie Rahmich, g.b. Neumann, 58 J. — Heinrich, S. des Zimmermanns Wilhelm Seiffert, 16 J. — Rautscher Paul Rodzke, 38 J. — W. demschweiser Rosa Grebig, 23 J. — Friedrich, S. des Sigarenmachers Friedrich Jerfack, 12 J. — Bw. Schuhmachermeister Dorothea Lieb, g.b. Gerbrich, 78 J.

Ortskassen. Von den Freiburger Genossen 10 Mark als 1. Rate zur Förderung der „Volkswehr“ erhalten.

Alle Mitglieder des Breslauer Consum-Vereins

werden hiermit nochmals dringend zu einer am
Donnerstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr
im großen Saale der Brauerei von
Gehr. Rösler, Friedrich-Wilhelm-Strasse
stattfindenden **Versammlung** eingeladen.

Berathungs-Gegenstand:

1. Stellungnahme zur Tages-Ordnung der General-Versammlung.
 2. Verschiedenes.
- Zur Deckung der bisherigen Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
Zur Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Die gewählte Commission.

Für Krieg und Umgegend

nimmt Bestellungen auf die „Schl. Volkswacht“, die „Schl. Nachrichten“, sowie auf sämtliche im Verlag der obigen erscheinenden Zeitschriften, Bilder etc. jederzeit gern entgegen und sichert pünktliche Zustellung

Emil Hoffmann, Schloßplatz Nr. 4.

Durch die Expedition der „Schl. Volkswacht“ sind folgende Schriften zu beziehen:

- Kosel oder Parwis?** Allen Freunden der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt von Professor **Adel. Port.**
- 3. Stern.** 8. Aufl. Thesen über den Sozialismus, sein Wesen, seine Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit. 30 Pf.
- W. Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch.** 6. Aufl. Preis, geb. 3 Mk. In 12 Heften à 20 Pf.
- Sammlung der Werke.** Gesammelte Werke, ausgewählt v. Max Regel. Illustrirt von Otto Emil Lau. In Prachtband, mit Goldschnitt, gebunden. Preis Mk. 3.50.
- Internationale Bibliothek.**
- Abeling, Die Darwin'sche Theorie.** Gebund. Mk. 2.00.
- Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren.** Gebund. Mk. 2.00.
- Schüler, Weltanschauung und Weltuntergang.** 2. Aufl. Gebd. Mk. 3.50.
- Die ländliche Arbeiterfrage.** 2. Aufl. Gebund. Mk. 2.00.
- Kautsky, Thomas More.** Geb. Mk. 2.50.
- Bebel, Charles Fourier.** Geb. Mk. 2.50.
- Schöppel, Das moderne Gladb.** Geb. Mk. 2.00.
- Blos, W., Die französische Revolution.** Broschirt Mk. 4.00. Gebund. Mk. 5.50. Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Sommel, R., Die Geschichte der Erde.** Broschirt Mk. 4.40. Gebund. Mk. 5.90. Auch in 22 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Dr. W. Zimmermann's Großer Deutsch-Französischer Wörterbuch.** 10. Aufl. 20 Bde. Preis 30 Mk.

Sommel, G., Johannes Kap. 7. Auf historischer Studie. 25 Pf.

Weltanschauung und Weltuntergang auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Oswald Köhler

Das lebhafteste Entgegenkommen, welches das von der Kritik durchaus günstig beurtheilte Buch gefunden hat, veranlaßt den Herrn Verfasser, den Text der zweiten Auflage wesentlich zu vermehren und da zu berichtigen, wo es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft notwendig geworden ist. Ferner sind zum besseren Verständniß weitere Illustrationen eingefügt und endlich zwei Sternarten dem Werke beigegeben worden.

Ohne Uebersetzung darf gesagt werden, daß die „Weltanschauung“ etc. heute zu den besten populären Lehrbüchern über die Entwicklung von Himmel und Erde zählt — in der Billigkeit des Preises dürfte es sein keinem andern entgegen zu kommen.

Die „Weltanschauung“ etc. ist eine notwendige Ergänzung von Sommel's „Geschichte der Erde“.

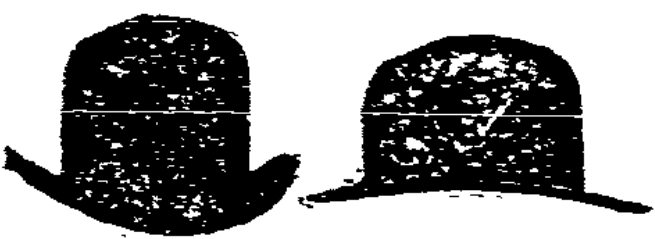
Um vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, ist auch die „Weltanschauung“ etc. in der allgemein beliebtesten Heftausgabe à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das ganze Werk wird in 15 Lieferungen komplett vorkommen.

Probehefte liefert jeder Kolporteur.

Der Arbeiterklub und der Arbeiterklub von Karl Kautsky. Preis 30 Pf.

Ein Rückblick von 2000 auf 1887 von Edw. Bellamy. Preis 40 Pf.

Neueste Hutmeden!



Facon: Auf zur Wahl. Facon: Expatriirung.

Sämmtliche Hüte sind mit Arbeiter-Kontrollmarke versehen.

Ich empfehle: **Facon Auf zur Wahl!** Neueste Facon mit leicht gebogenem Rande in allen Farben 4,50 Mk., nur braun elastisch 5,50 Mk. **Facon Expatriirung**, mit ganz flachem Rande 5 und 6 Mk. Ich verleihe die Hüte ist nützlich mit der Photographie eines bewährten Volksmannes versehen. Ferner empfehle ich: **Kuabenhüte, Facon Congress**, 2,50 Mk. **Seidenhüte** (Gymnastenhüte) à 4,50 Mk. bis 7 Mk. Ich verleihe die Hüte zu obigen Preisen in guter Verpackung franco gegen Nachnahme nach allen Orten Deutschlands. Es gerügt die Angabe der Knopfwerte in Centimetern. Für sichere Ausführung leiste ich Garantie.

Ich empfehle ferner: **Wintermützen** (in Herren-Jacken-Form) in Plüsch und Stoff von 2 bis 2,50 Mk., gewöhnliche 3 der Mützen von 1 bis 2 Mk., Kapsen oder Peiser Form für Herren in Plüsch oder Krimmer 1 bis 2 Mk., dieselbe Form für Knaben von 75 Pf., 1 Mk., 1,25 Mk., 1,50 Mk. **Knaben-Marine-Mützen** in Plüsch und Sammet von 1,50 bis 2 Mk., **schwarze Pelzmützen**, **Facon Student**, von 3 Mk. an, **schwarze Pelzmützen**, **Facon Peiser**, von 3,50 Mk. an, **Basismützen** für Herren 2 Mk., für Knaben 1,50 Mk., **Schwarze Mützen** (Häfen) von 3 Mk., 3,50 Mk., 4 Mk., 4,50 Mk., **besten schwarze Barmützen** von 8,50 Mk., 10 und 12 Mk. **Stammützen** von 5 bis 7,50 Mk. — Zu allen Mützen passende Kragen billigt.

Diese Preis-Courant zu verlangen. Bei Bestellung von 3 Mützen jede solche franco gegen Nachnahme.

Aug. Heine, Gutfabrik, Halberstadt.

Bunzlau. Volks- Versammlung

Sonntag den 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr
im **Restaurant Wintergarten.**
Referent: **August Kühn** aus **Fangenbielau.**

!!Cigarren!!

3 Stück 10 Pf.

in nur guter Qualität empfiehlt

Ernst Simon,
Friedrich-Wilhelmstr. 49.

Eine gut erhaltene
Nähmaschine
ist nebst Zubehör zu verkaufen. Anweisung zum Nähen wird gern beim Verkauf gegeben.
Berlinerstr. 24, III. bei Wolf.

Hausbrot

4 1/2 Pfd. 50 Pf.

officirt
Ernst Grabolle,
Lewaldstrasse 13.

Sumatra,

gute, weißbrennende Decken,
à Pf. 1.80 Mark bis 5.00 Mark,
staubfreien Grus,
à Pfd. 50 Pf., à Ctr. 45 Mark, sowie
sämmtliche Rohtabake,
zu billigen Preisen officirt
Johannes Kabis,
Eisenanplatz 1.

Sozialdemokratisches

Liederbuch

von **Max Regal**

ist wieder vorrätig in der
Exped. d. Schl. Volksw.

!! Arbeiter !!

kauf: **Wollene Hemden** für 1 Mk
4 heissen von 2,50—7.— Mk
Jacken, Blousen, Kravatten,
Samen und Anfertiger
reell, dauerhaft und billig nur bei
H. Maier, Friedrichstraße 51
vis-à-vis Gehlhäuser.

Eine Partie

Creasleinen, Tischwäsche,
Handtücher, Taschentücher,
Bettbezüge, Gardinen
durch Erparnis der Ladung
ausfallend billig.

H. Riedel,

aus **Peilau-Gnadenfrei**
jetzt nur **Breslau,**
Schweidnitzerstr. 46, I. Etg.
neben **Langosch.**

Hochfeine

Cigarren,

3 St. 10 Pf., 100 St. 3 Mk.
empfeht

Louis Schröter

Friedrichstr. 64,

vis-à-vis der **Zimmerstr.**

Wander-Unterstützungs-Kasse der Töpfer und Berufsgenossen zu Breslau.

Sonntag, den 21. Februar:

Ordentliche Mitglieder-Versammlung.

Vortrag: „Die Töpfer im klassischen Alterthum“.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Arbeiter-Verein von Ohlau und Umgegend.

Sonntag, den 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Saale des

Gasthofes zur Stadt Oels.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Stiftungsfeste.
2. Bewilligung von Geldmitteln, zur Erweiterung der Vereinsbibliothek.
3. Anträge zur General-Versammlung behufs Abänderung der Statuten.
4. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, einer Bülche-Revision halber, die Quittungsbücher mitzubringen.

Der wichtigen Tages-Ordnung wegen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Neu!

Sieben erschien im Verlage der „Freien Presse“ in Elberfeld:

Das untergehende Handwerk und seine Rettung.

Eine wissenschaftliche Studie von **Paul Breitung.**

3 Bogen stark. Preis 30 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.
Bestellungen wolle man an die Expedition der „Freien Presse“ in Elberfeld ergen lassen.

Den Genossen, welche Bleistifte gebrauchen,

empfehlen wir solche von

Jean Blos, Bleistiftmacher, Stein bei Nürnberg.
Dieselben sind bester Qualität wie wir uns überzeugt und tragen den Stempel „Solidarität“. Gegen Einsendung von 40 Pf. erhält man ein Probe-Duzend.
Bei Abnahme im Werth von 10 Mk. ein ff. Präsent in Patentstiften.
Mehrere Genossen.

Im Verlag von **J. H. W. Dietz** in **Stuttgart** ist
sieben erschienen

Die Frau

und der

Sozialismus

VON

August Bebel.

Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage.

Preis broch. M. 2.—, geb. M. 2.50.

Die früheren Auflagen dieses Buches sind unter dem Titel: „**Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft**“ erschienen und zwar des Sozialistengesetzes wegen in der Schweiz.

Der Verfasser tritt nunmehr mit der vollständig umgearbeiteten, von dem Verbote durch das Sozialistengesetz befreiten Schrift vor das deutsche Publikum.

Das Buch ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zu beziehen. Bei direktem Bezug durch die Exped. d. Bl. ist das Porto mit 20 Pf. beizufügen

Montag, den 23. Februar 1891, Abends 7 Uhr
im **Café restaurant, Caristraße 37:**

Kastnachts-Gränzchen

der Mitglieder des **Kranken Unterstützungs-Bundes** der **Schneider**
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 18 in Braunschweig),
verbunden mit Aufführung

humoristische Vorträge.

Entree: Herr incl. Dame 50 Pf., an der Kasse 60 Pf.,
weitere Dame 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Karten sind zu haben bei den Herren **Franko, Cigarrenhdlg.**
Graben 5, Scholly Altbüß etc. und bei dem **Fest-Comité.**
Hierzu ladet ergebenst ein

Das Fest-Comité.